Studienheft: GesM 6a

Geschichte

Von der Gründung des Deutschen Reiches
bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

GESCHICHTE

Von der Gründung des Deutschen Reiches bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

von

Karl Dümmler

Inhaltsübersicht

1 EINFÜHRUNG 3

1.1 Lerninhalte 3

1.2 Lernziele 4

1.3 Lernhilfen 5

2 GRUNDZÜGE DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN ENTWICKLUNG IN EUROPA UND DER WELT ZWISCHEN 1871 und 1914 6

2.1 Die Entwicklung in Europa 6

2.2 Die Entwicklung in Nordamerika 15

2.3 Zusammenfassung 15

3 WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT DES WILHELMINISCHEN DEUTSCHLANDS 17

3.1 Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1871 und 1914 17

3.2 Die Wilhelminische Gesellschaft 19

3.3 Geschichte in Quellen: Zeitgenössische Dokumente geben Auskunft über wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen im Kaiserreich 22

3.3.1 Einführung in die - abweichende - Arbeitsweise dieses Abschnittes 22
3.3.2 Ausgewählte Quellen 23

4 DAS DEUTSCHE REICH UNTER BISMARCKS FÜHRUNG 1871 - 1890 29

4.1 Vorbemerkungen zur Themenauswahl und Art der Darstellung 29

4.2 Daten und Fakten: eine knappe Orientierung über die innen- und außenpolitischen Ereignisse zwischen 1871 - 1890 30

4.3 Der Konflikt zwischen Staat und Arbeiterbewegung: Sozialistengesetz und Sozialversicherungsgesetze 31

Inhaltsübersicht

4.3.1 Die Entwicklung des Sozialismus in Deutschland 31
4.3.2 Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (Sozialistengesetz) 33
4.3.3 Die Auswirkungen des Sozialistengesetzes 34
4.3.4 Die Sozialversicherungsgesetze von 1883 - 1889 35
4.3.5 War Bismarck ein Sozialreformer? 38

4.4 Das Deutsche Reich als neuer Faktor der europäischen Politik: Bismarcks Bündnispolitik zwischen Krisenmanagement und Sicherung des europäischen Friedens 39

4.4.1 Einführung in die Thematik 39
4.4.2 Die Ausgangslage 1871 39
4.4.3 Vom Drei-Kaiser-Abkommen bis zum Berliner Kongreß 41
4.4.4 Bismarcks Bündnissystem zwischen 1879 und 1890 44

4.5 Bismarcks Entlassung - eine neue Ära kündigt sich an 47

4.6 Wie ist Bismarcks Außenpolitik zu beurteilen? 48

BEIHEFT: Fachbegriffe zum Nachschlagen

Hinweise auf GesM 6b

In GesM 6b finden Sie im Anhang die Abschnitte

9.1 Literaturangaben
9.1.1 Weiterführende Literatur
9.1.2 Literaturnachweis
9.1.3 Bild- und Zitatnachweise
9.2 Lösungen der Aufgaben zur Selbstüberprüfung
9.3 Material zum historischen Verständnis des Krieges im ehemaligen Jugoslawien

Die FACHBEGRIFFE ZUM NACHSCHLAGEN können zwar kein Fachlexikon ersetzen, werden Ihnen aber helfen, in der Anwendung und im Verständnis wichtiger historischer Fachausdrücke sicherer zu werden. Außerdem finden Sie viele komplizierte Sachverhalte dort in knapper und einfacher Form zusammengefaßt. Daher sind die FACHBEGRIFFE ZUM NACHSCHLAGEN auch zur Wiederholung und Sicherung des Stoffes geeignet.

© 1991, Reinhard Mohn GmbH, Gütersloh / Hamburg
Fünfte, überarbeitete Auflage 1997

Alle Rechte der Verbreitung, insbesondere der Nachdruck (auch auszugsweise) und die fotomechanische Wiedergabe, sowie die Speicherung jeder Art vorbehalten.

1 EINFÜHRUNG

Liebe Studienteilnehmerin,
lieber Studienteilnehmer,

zu Beginn des Studienheftes orientieren wir Sie über die Lerninhalte, die Lernziele und über Lernhilfen. Die anschließenden Kapitel werden Ihnen dann ermöglichen, ein differenziertes Bild einer kurzen und dennoch sehr bedeutenden Epoche unserer Geschichte zu erarbeiten.

1.1 Lerninhalte

Das Jahr 1871 markiert den Anfang, das Jahr 1918 den Endpunkt des Studienheftes GesM 6. Mit dem Jahre 1871 verbinden Sie bereits die Reichsgründung und sicher fällt Ihnen bei dem Jahr 1918 das Ende des Ersten Weltkrieges ein. Die beiden Jahreszahlen scheinen also auf den ersten Blick nur wenig miteinander zu tun zu haben; aber das täuscht: Am Ende Ihrer Bearbeitung dieses Heftes werden Sie erkennen, dass es sehr wohl einen Zusammenhang zwischen beiden Zahlen und den damit verbundenen Ereignissen gibt.

Die knapp 50 Jahre, die vor Ihnen ausgebreitet werden, weisen einige wesentliche Merkmale auf:

1. Die industrielle Entwicklung, die bereits seit Mitte des Jahrhunderts eingesetzt hatte (vgl. GesM 5), beschleunigt sich in diesen Jahrzehnten noch einmal rasant und erfasst weitere europäische Staaten, vor allem das Deutsche Reich; sie überspringt aber auch den Atlantik und lässt die Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Industriestaat mit der größten Dynamik wer den.

   Es ist selbstverständlich, dass sich die Technisierung und Industrialisierung auch auf die Sozialordnung auswirkt. Neben der Industriearbeiterschaft treten die Angestellten als neue soziale Gruppe hervor.

2. Der Konkurrenzkampf der europäischen Großmächte spielt sich zunehmend nicht mehr nur in Europa ab, sondern erstreckt sich auch auf die überseeischen Gebiete. Spätestens um 1890 halten alle europäischen Staaten den Besitz und Erwerb von Kolonien für unerlässlich. Ihr nicht immer deutlich erklärtes Ziel ist es, als "Weltmacht" zu gelten. Diese Politik wird schon von den Zeitgenossen als "Imperialismus" bezeichnet.

3. Die "alte" Außenpolitik des 19. Jahrhunderts ist aber noch nicht verschwunden. BISMARCK, der Reichskanzler des neuen Deutschen Reiches, betreibt diese auf Interessenausgleich und Gleichgewicht der Kräfte zielende Diplomatie mit Meisterschaft und erreicht so, dass es während seiner fast zwanzig Jahre währenden Kanzlerschaft nicht zu einer krisenhaften Zuspitzung der europäischen Staatenwelt kommt.

4. Mit Kaiser Wilhelm II. ändert sich die deutsche Außenpolitik entscheidend. Das BISMARCKsche "Konflikt-Management" wird abgelöst durch eine selbstbewusste, den europäischen Nachbarn als bedrohlich erscheinende Außen- und Sicherheitspolitik. Die schon früher vorhandenen Vorbehalte gegenüber dem Deutschen Reich werden besonders in Großbritannien und Russland wieder deutlich, so dass es zu der von BISMARCK immer befürchteten Koalition der drei europäischen Mächte Frankreich, Großbritannien und Russland kommt. Dieser Mächtegruppierung stehen die beiden Kaiserreiche Deutschland und Österreich-Ungarn sowie Italien gegenüber.

5. Europäischer Krisenherd Nummer eins ist der Balkan. Hier treffen sehr unterschiedliche Interessen aufeinander: Russland fühlt sich als Vormacht aller Slawen und unterstützt Serbien, dessen Politik mit derjenigen Österreich-Ungarns kollidiert. Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches destabilisiert diese Region und weckt die territorialen Begehrlichkeiten mehrerer Anrainer. In zwei Balkan-Kriegen kommt es zu keiner wirklichen Lösung.

6. Der Weltkrieg, der durch das Attentat von Sarajewo ausgelöst wird, kommt nicht von ungefähr: Er ist im Grunde von der Hochrüstungspolitik der Weltmächte zu Wasser und zu Lande bereits vorgeplant worden und kann und will von der Diplomatie nicht verhindert werden. Nicht nur in Deutschland ist nämlich im Laufe der Jahrzehnte, während die Nationen die letzten scheinbar freien Gebiete der Erdkugel unter sich aufteilen, die Bereitschaft gewachsen, "mit dem Schwert" die Frage nach der Weltmachtstellung zu entscheiden.

7. Am Ende eines blutigen Ringens, das erstmals wirklich die gesamte Welt erfasst, liegen alle europäischen Großmächte vernichtet am Boden, auch wenn es die Sieger, allen voran Frankreich und Großbritannien, noch nicht merken. Das Deutsche Reich hat seinen Versuch, einen Griff nach der Weltmacht zu wagen, mit der völligen Niederlage und dem Verlust seiner Staatsform bezahlt; die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn schrumpft zur territorialen Bedeutungslosigkeit. Der eigentliche Sieger sind die Vereinigten Staaten, die von der ökonomischen nun auch zur politischen Weltmacht aufsteigen, ohne dies recht zu wollen. Aus dem Zarenreich, das in zwei Revolutionen im Jahre 1917 noch vor dem Ende des Krieges zusammenbricht, formt Lenin die Sowjetunion, den ersten Staat mit einer kommunistischen Ideologie.

1.2 Lernziele

Dieses Studienheft wird Ihnen den Verlauf der Geschichte nicht nur chronologisch, also dem zeitlichen Ablauf folgend, darstellen, sondern auch thematische Schwerpunkte setzen.

In einem ersten Kapitel sollen Sie die Grundzüge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zwischen 1871 und 1914 erkennen und so das Gemeinsame dieser Epoche begreifen. In einem folgenden Kapitel wird das deutsche Kaiserreich zwar unter derselben Fragestellung behandelt; Sie werden allerdings mit einer anderen Arbeitsmethode konfrontiert. Sie sollen nämlich durch Arbeit an ausgewählten Quellen versuchen, selbst Ihr Bild dieser Epoche zu erweitern und zu vertiefen.

Für das Verständnis der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ist eine Kenntnis des BISMARCKreiches unerlässlich. Aber nicht alles, was die Zeitgenossen bewegt hat, ist für uns heute noch wichtig. Daher verzichtet die Dar-

stellung auf eine ausführliche Behandlung aller Themen, die in der Zeit zwischen 1871 und 1890 von Bedeutung waren. Mit Bedacht sind zwei Schwerpunkte gesetzt: Der Konflikt zwischen Staat und Arbeiterschaft konkretisiert noch einmal die vorhergehenden sozialgeschichtlichen Kapitel. BISMARCKs Außenpolitik sollen Sie auch als Kontrast zur imperialistischen Politik der letzten Jahrzehnte vor dem Kriegsausbruch verstehen.

Die Epoche des Imperialismus wird Ihnen vorgestellt, ohne dass Sie eine abschließende Bewertung erfahren. Die Darstellung ist so angelegt, dass Sie selbst in die Lage versetzt werden, zu einer eigenen Beurteilung zu kommen. Zahlenmaterial, Bilddokumente und zahlreiche Quellenzitate sollen Ihnen dabei helfen.

Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges führt Sie nach Europa zurück. Sie werden erkennen, welche Mechanismen den Krieg ausgelöst haben und Sie sollen sich der Frage stellen, ob er vermeidbar gewesen wäre. Der Erste Weltkrieg wird nicht unter kriegsgeschichtlichen Fragen behandelt. Es soll aber klar werden, wie der Verlauf des Krieges auch die Politik der beteiligten Staaten beeinflusst hat und wie sich das Kriegsende politisch ausgewirkt hat; denn selbstverständlich ist das Kriegsende 1918 bereits wieder der Beginn einer neuen Entwicklung, die 1933 bei Hitler enden wird.

1.3 Lernhilfen

Bei derart umfassenden Lerninhalten und Lernzielen sind Lernhilfen unerlässlich. Sie werden daher in Ihrem Studienheft sehr häufig zusätzlich zu den Ihnen geläufigen Randbemerkungen Hinweise auf wichtige Ereignisse und Jahreszahlen finden, außerdem am Ende des Studienheftes eine kleine Auswahl von Fachliteratur, die denjenigen Studienteilnehmern besonders empfohlen wird, die sich zusätzlich informieren wollen. Das Bildmaterial, die Statistiken und Karikaturen dienen der Veranschaulichung, vertiefen außerdem die Thematik. Ein Beiheft "FACHBEGRIFFE ZUM NACHSCHLAGEN" erleichtert Ihnen das Auffinden und Nachschlagen von historischen Fachausdrücken.

An verschiedenen Stellen, z. B. Kapitel 2 S. 9, werden Sie Tabellen finden, die Jahreszahlen und Ereignisse verknüpfen. Wichtig ist bei diesen Zusammenstellungen vor allem, dass Sie den Prozesscharakter der Geschichte erkennen. Die Jahreszahlen in den Tabellen sollen Sie *nicht* auswendig lernen; zu merken sind die am Ende größerer Abschnitte zusammengefassten MERKDATEN, WICHTIGE EREIGNISSE UND SCHWERPUNKTBEGRIFFE.

Geschichte vollzieht sich nicht nur in der Zeit, sondern im Raum. Benutzen Sie daher bitte regelmäßig auch Ihren Geschichtsatlas und arbeiten Sie vor allem mit den Karten, auf die im Text besonders hingewiesen wird. Die Aufgaben zur Selbstüberprüfung können Ihnen zeigen, wie erfolgreich Sie gearbeitet haben. Die Hausaufgabe strukturiert die Probleme, die in diesem Heft behandelt worden sind, ein weiteres Mal, so dass Sie am Ende des Heftes in der Lage sein werden, sachverständig die Zeit von 1871 bis 1918 zu überblicken.

Stofffülle und die bewusst andere Art der Darbietung führen dazu, dass wir Ihnen das Studienheft in zwei Teilen vorlegen. In GesM 6b werden Sie den gelben Hausaufgabenbogen finden.

2 GRUNDZÜGE DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN ENTWICKLUNG IN EUROPA UND DER WELT ZWISCHEN 1871 UND 1914

2.1 Die Entwicklung in Europa

Die industrielle Revolution, von England ausgehend, hatte Mitte des 19. Jahrhunderts den Kontinent erreicht und zu einschneidenden wirtschaftlichen Wandlungen geführt, aber auch die sozialen Verhältnisse entscheidend verändert. Karl MARX hat, wie Sie wissen, früh diese Veränderungen erkannt und im Kommunistischen Manifest von 1848 darauf auf seine Weise geantwortet. Dass die kommunistische Revolution in Europa dann nicht kam, darf nicht zu dem Trugschluss führen, es habe keine fundamentalen Einschnitte in das ökonomische und soziale Gefüge der Industrienationen gegeben.

Große Wachstumsraten der industriell gefertigten Güter ab Mitte des 19. Jahrhunderts

Bevor wir uns die Entwicklung im Deutschen Reich zwischen Reichsgründung und Ausbruch des Ersten Weltkrieges genauer ansehen, sollen die *Grundzüge* vorgestellt werden, die für alle europäischen Industriestaaten und die USA gelten.

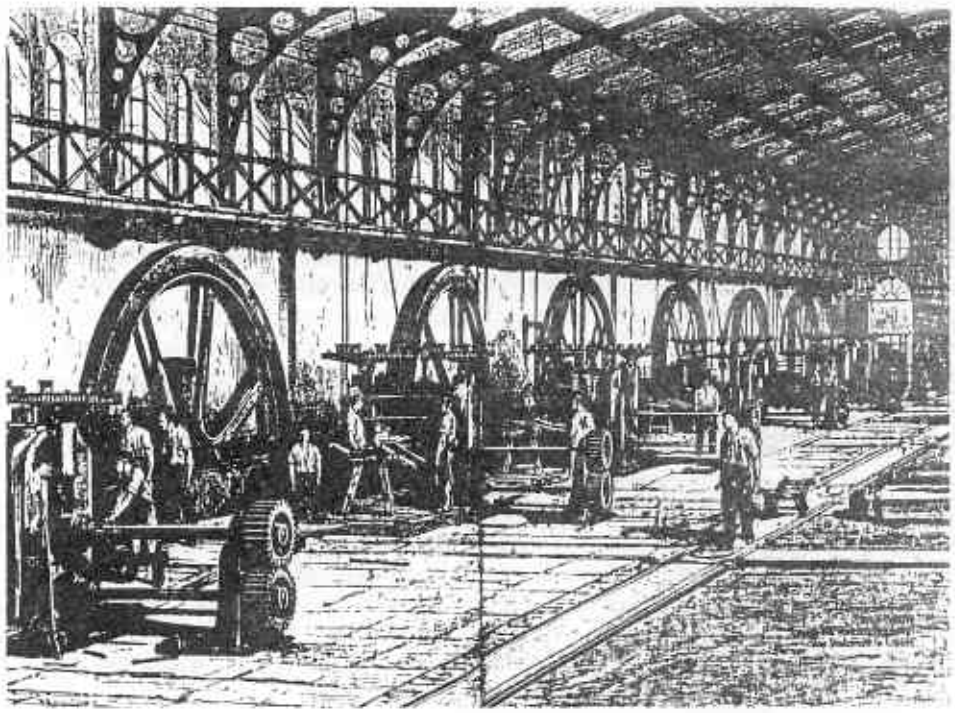


Bild 1: Walzwerk in Lipine (Oberschlesien) nach der Reichsgründung

Dabei spielt es aus heutiger Sicht keine entscheidende Rolle mehr, dass die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Zeitraum durchaus nicht gleichförmig verlief. Denn trotz konjunktureller Schwankungen war für alle Industrienationen das schnelle Wachstum der industriell erzeugten Güter kennzeichnend. So steigerte Großbritannien die Steinkohlenförderung zwischen 1870 und 1910 um 140 %, Deutschland sogar um 480 %. Auch die Roheisenproduktion, Grundstoff für die "Stahlzeit", wie ein Zeitgenosse diese Epoche selbst bezeichnet hat, stieg entsprechend. Großbritannien steigerte sie um 68 % und erreichte 10,17 Millionen Tonnen, Deutschland erzielte eine Steigerungsrate von 940 % und produzierte 1910 13,11 Millionen Tonnen. Der Verbrauch an Rohbaumwolle, Grundlage für die Textilindustrie, stieg in den 40 Jahren für Großbritannien um 58 % auf 827 Tausend Tonnen, in Deutschland um 264 % auf 448 Tausend Tonnen.

"Stahlzeit"

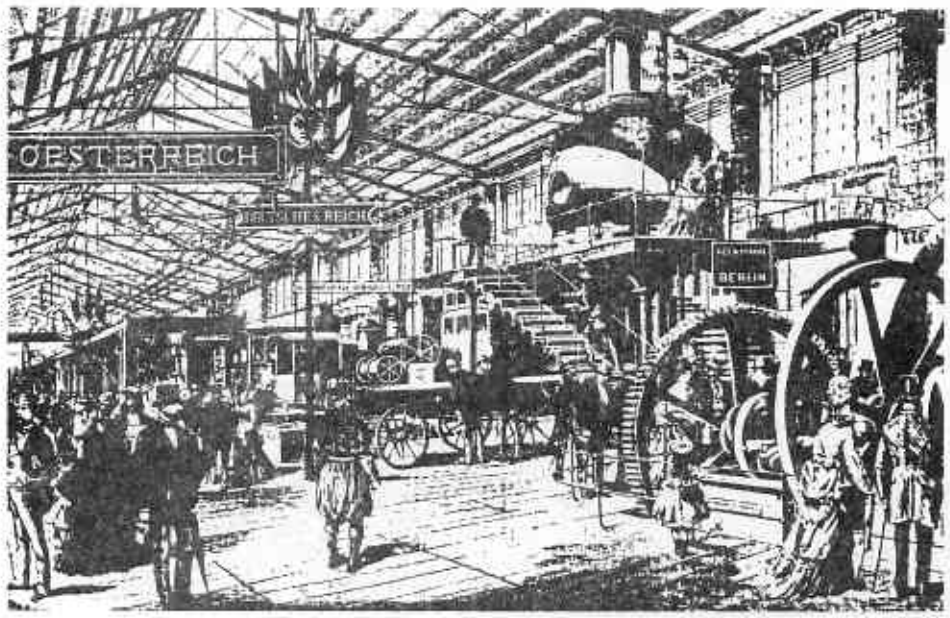


Bild 2: Die Wiener Weltausstellung 1873

Die Nutzung der Dampfmaschine sei als letztes Beispiel für die industrielle Dynamik angeführt: Allein in den Jahren zwischen 1870 und 1880 steigerte Großbritannien die Kapazität aller eingesetzten Dampfmaschinen von 4 auf 7,6 Millionen PS, Deutschland von 2,4 auf 5,1 Millionen.

Dampfmaschine ist das moderne Antriebsmittel in Fabriken, Eisenbahnen und Dampfschiffen

Es wäre allerdings verkehrt, wenn man annähme, das Volkseinkommen der Industrienationen sei in etwa gleich gewesen. In Europa stand Großbritannien deutlich vor Frankreich und Deutschland. 1914 lag das britische Pro-Kopf-Einkommen bei 1 025 Mark, das französische bei 779 Mark und das deutsche bei 615 Mark; Spitzenreiter aber waren die USA mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1 476 Mark. Die industrielle Leistungsfähigkeit war also nicht an Steigerungsraten allein abzulesen. Wohl aber gab sie einen Maßstab für das nationale Selbstbewußtsein. Wir werden, wenn wir die Entwicklung in Deutschland genauer untersuchen, darauf zurückkommen müssen.

Im Pro-Kopf-Einkommen bleibt England im europäischen Vergleich führend

Die großen Zentren der industriellen Produktion lagen in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg in England, in Nordfrankreich, in Belgien, in Deutschland; weniger in Norditalien und Nordspanien. Eine rasante Entwicklung machten auch die USA durch. In der Zeit nach dem Sezessionskrieg (1861 - 1865) kam es zu einer gigantischen Entwicklung der Industrie. Überstiegen 1860 die Importe noch die Exporte, war dies 1910 bereits umgekehrt; aus dem Exportland landwirtschaftlicher Produkte war ein bedeutender Exporteur industrieller Fertigwaren geworden.

Entstehung großer Industrieregionen

Ohne die Kapitalkraft der Industrienationen wären die Investitionen nicht möglich gewesen. Politischen Einfluss gewannen die Staaten aber auch dadurch, dass sie in der Lage waren, außerhalb der Landesgrenzen zu investieren. Frankreich z. B. war nach Großbritannien der größte Kreditgeber. Deutschland war, gemessen daran, eher unbedeutend, obwohl es mit 20 Mrd. Mark noch zu den großen Gläubigernationen gehörte. Frankreichs Finanzexporte unterstützten die russische Industrialisierung (einschließlich des Ausbaus des Eisenbahnnetzes), Deutschlands Hauptschuldner war Österreich-Ungarn. Sie werden noch erfahren, wie sehr sich also auch finanzielle und politische Interessen der Industrienationen vermengten.

Frankreich bedeutendster Kapitalexporteur (= Kreditgeber)

Bild 3: Weltausstellung 1900 in Paris mit Eifelturm

Zielstrebiger Ausbau des Eisenbahnnetzes

Allen Industrienationen gemein war der zielstrebige Ausbau des Verkehrsnetzes. In Ihrem Geschichtsatlas finden Sie das mitteleuropäische Eisenbahnnetz aus dem Jahre 1866. Es hatte damals eine Länge von etwa 15 000 km. Bis 1913 hatte das Deutsche Reich das Streckennetz auf 63 000 km ausgedehnt. Frankreichs Streckennetz war von 19 000 km im Jahre 1875 auf 41 000 km angewachsen, Österreich-Ungarns war im selben Zeitraum von 10 000 km auf 23 000 km ausgebaut. Großbritannien, das Mutterland der Eisenbahn, hatte ein Streckennetz von 32 000 km gegenüber 23 000 km im Jahre 1875. Im Jahre 1900 umfasste das gesamte europäische Streckennetz fast 300 000 Streckenkilometer, und dies ohne Rußland!

Ausbau der Wasserstraßen

Kanalbauten verbinden die Weltmeere

Hinzu kam der zielstrebige Ausbau der europäischen Wasserstraßen; als Beispiel sei an den Kaiser-Wilhelm-Kanal (heute Nord-Ostsee-Kanal) erinnert, der 1895 mit großem Pomp eröffnet wurde. Aber auch nichteuropäische Kanäle müssen hier erwähnt werden, weil sie ausschließlich europäisch-amerikanischen Handelsinteressen dienten: der Suez-Kanal (1869 eröffnet) und der Panama-Kanal (1914 eröffnet).

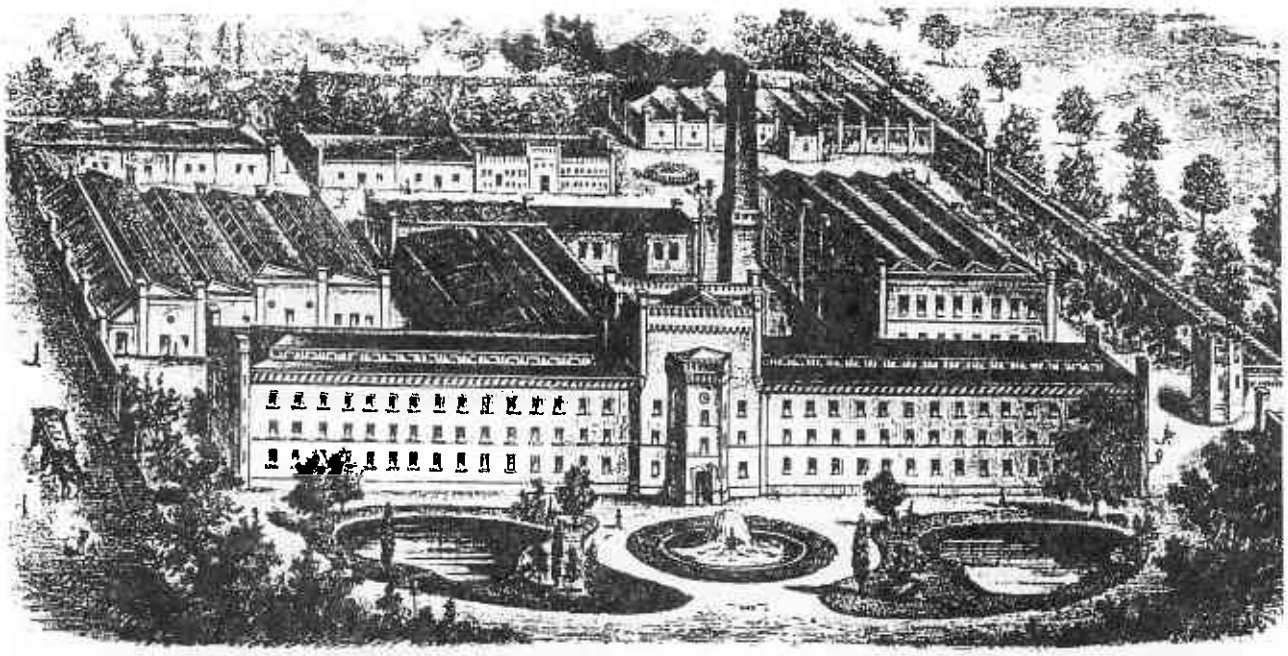


Bild 4: Die Ravensberger Spinnerei in Bielefeld, um 1880

Tabelle 1: Dampferbestand der Welt von 1903

	INSGESAMT 10 953 Schiffe	Angaben in % zur Gesamtzahl der Schiffe	INSGESAMT 22 501 341 BRT	Angaben in % zur Gesamttonnage
1. Großbritannien	5 839	53,3	13 305 915	59,1
2. Deutschland	1 167	10,7	2 622 308	11,7
3. USA	774	7,1	1 497 253	6,7
4. Frankreich	556	5,1	1 096 120	4,9
5. Norwegen	804	7,3	863 146	3,8
6. Spanien	428	3,9	742 258	3,3
7. Italien	353	3,2	721 525	3,2
8. Russland	523	4,8	571 902	2,5
9. Niederlande	288	2,6	560 473	2,4
10. Österreich-Ungarn	221	2,0	520 441	2,3

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt wirkt bis in unsere Gegenwart

Die wissenschaftliche und technische Entwicklung war ebenfalls international. Die folgende **Auswahl** soll dies verdeutlichen:

Tabelle 2: Wissenschaftliche und technische Entwicklung

Jahr	Land	Ereignis
1866	Deutschland	Werner Siemens erfindet die Dynamomaschine
1867	Schweden	Alfred Nobel erfindet das Dynamit
1877	USA	Thomas A. Edison erfindet den Phonographen
1879	Deutschland	Werner Siemens entwickelt die erste elektrische Lokomotive
1883	Deutschland	Gottfried Daimler, Carl Benz und Wilhelm Maybach entwickeln den Benzinmotor
1893	Deutschland	Richard Diesel entwickelt den selbstzündenden Dieselmotor
1895	Frankreich	Die Brüder A. u. L. Lumière erfinden den Cinematographen
1897	Italien	Guglielmo Marconi entwickelt die drahtlose Telegraphie
1900	Deutschland	Ferdinand Graf Zeppelin erfindet ein lenkbares Luftschiff
1903	USA	Erster Motorflug der Brüder Wilbur und Orville Wright
1913	Deutschland	Johann Wilhelm Geiger baut einen Zähler für Radioaktivität

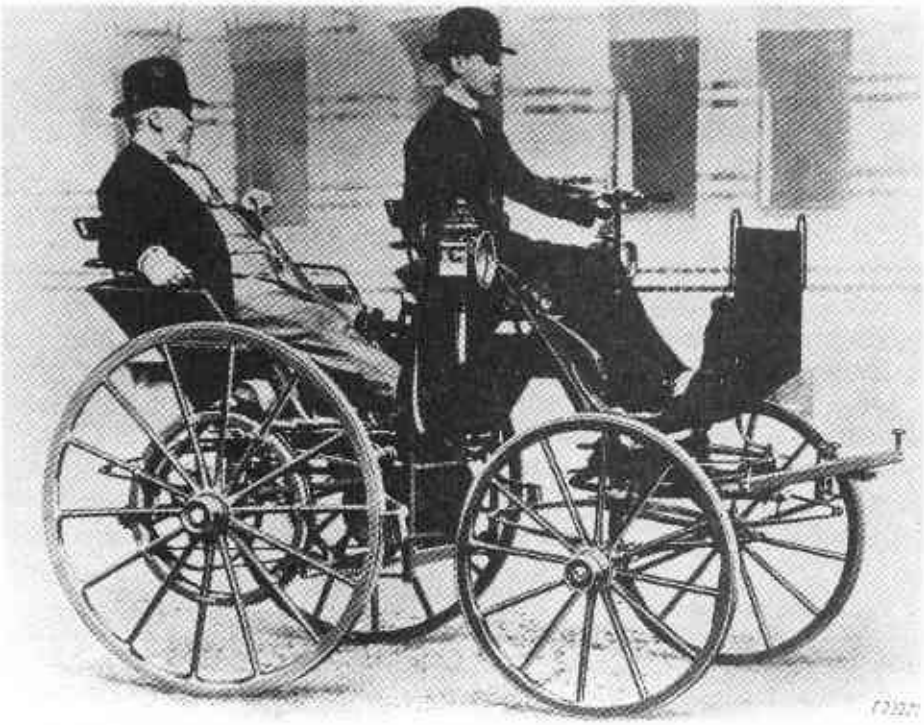


Bild 4a: Daimlers erstes "Automobil": Die Motorkutsche, 1886

Die Erfindungen und technischen Innovationen, die auch die Gegenwart noch prägen, verstärkten die industrielle Dynamik, die immer neue Märkte erfasste. Aber auch der Konkurrenzkampf der Unternehmer wurde härter. Es kam vielfach zur Bildung von Kartellen (die zu Preisabsprachen führten und den Konkurrenzkampf milderten) oder Trusts (Firmenzusammenschlüssen mit neuen Dachgesellschaften, sogenannten Holdings). So entstanden, zumeist auf Kosten der Verbraucher (höhere Preise) und der Arbeiter (niedrigere Löhne), starke Wirtschaftsgebilde, vor allem in den Schlüsselindustrien, die nicht selten Einfluss auf die Politik ihrer Staaten nahmen. Sie werden auf dieses Problem noch einmal stoßen, wenn der Imperialismus behandelt wird.

Wirtschaftliche Konzentration: Kartell- und Trustbildung

Viele Historiker bezeichnen die Bevölkerungsentwicklung dieser Zeit als "Bevölkerungsexplosion". 1850 schätzt man die Gesamtzahl der in Europa lebenden Menschen auf 266 Millionen; 1900 lebten 400 Millionen und 1914 nahezu 500 Millionen Menschen in Europa. Fast 30 % der Weltbevölkerung waren nach realistischen Berechnungen also Europäer (zum Vergleich: 1982 waren von der Weltbevölkerung etwa 17 % Europäer).

"Bevölkerungsexplosion"

Diese Bevölkerungslawine hatte im wesentlichen zwei Ursachen: Neben die Steigerung der Geburtenraten, die aber schon Ende des Jahrhunderts ihren Höhepunkt überschritten hatte, trat das Sinken der Sterberaten als Folge der verbesserten hygienischen und medizinischen Versorgung. Die Lebenserwartung der Menschen stieg erheblich: Ein Mädchen, das zwischen 1871 und 1880 in Deutschland geboren wurde, hatte eine mittlere Lebenserwartung von 38,5 Jahren; schon zehn Jahre später 44,0 Jahre. Ähnliche Zuwächse der Lebenserwartung ermittelten die Statistiker auch für Jungen (35,6 und 40,6 Jahre). (Zum Vergleich: 1982 lag die Lebenserwartung in Deutschland bei 76 Jahren). Gegen Ende der Epoche, die wir hier näher untersuchen, wurden in Europa also nicht mehr Kinder geboren (die Geburtenrate sank ja deutlich), wohl aber starben weniger Menschen vorzeitig.

Gestiegene Lebenserwartung

Sicher werden Sie fragen, welche Folgen diese Bevölkerungsentwicklung gehabt hat. Am stärksten strömte der Bevölkerungsüberschuss, der in den agrarischen Regionen nicht genug Arbeit fand, in die rasch wachsenden Industriereviere; in Deutschland in das Ruhrgebiet, in die sächsischen und oberschlesischen Industriegebiete; für Nordfrankreich, Belgien, Norditalien (Turin) und die älteren Industrieregionen Englands (Midlands) galt dies entsprechend. Wissenschaftler bezeichnen diese Mobilität der Bevölkerung als Binnenwanderung. Sie folgte den Arbeitsplätzen, die in den industriellen Standorten vorhanden waren oder doch erhofft wurden. Insofern führte die Industrialisierung auch zu einer Verstädterung der Bevölkerung. So wuchs die Bevölkerung in der Region um Birmingham (West-Midlands) von 1871 bis 1911 von 969 000 auf 1,63 Millionen Einwohner; die Bevölkerung Dortmunds von 1871 bis 1905 von 65 000 auf 172 000 Einwohner. (Einen vorzüglichen Überblick über die Entwicklung Dortmunds vermittelt der Putzger-Geschichtsatlas.) Das agrarische Mecklenburg konnte dagegen seine Bevölkerung zwischen 1875 und 1910 nur von 649 000 auf 746 000 Einwohner steigern; ein deutliches Beispiel für die Abwanderung der Bevölkerung aus den agrarischen in die urbanen Industriezentren. Dass die Wohnverhältnisse in diesen Ballungsräumen katastrophal waren, werden Sie sich denken können.

Folgen der starken Bevölkerungsentwicklung

Binnenwanderung führt zur Verstädterung der Industriereviere

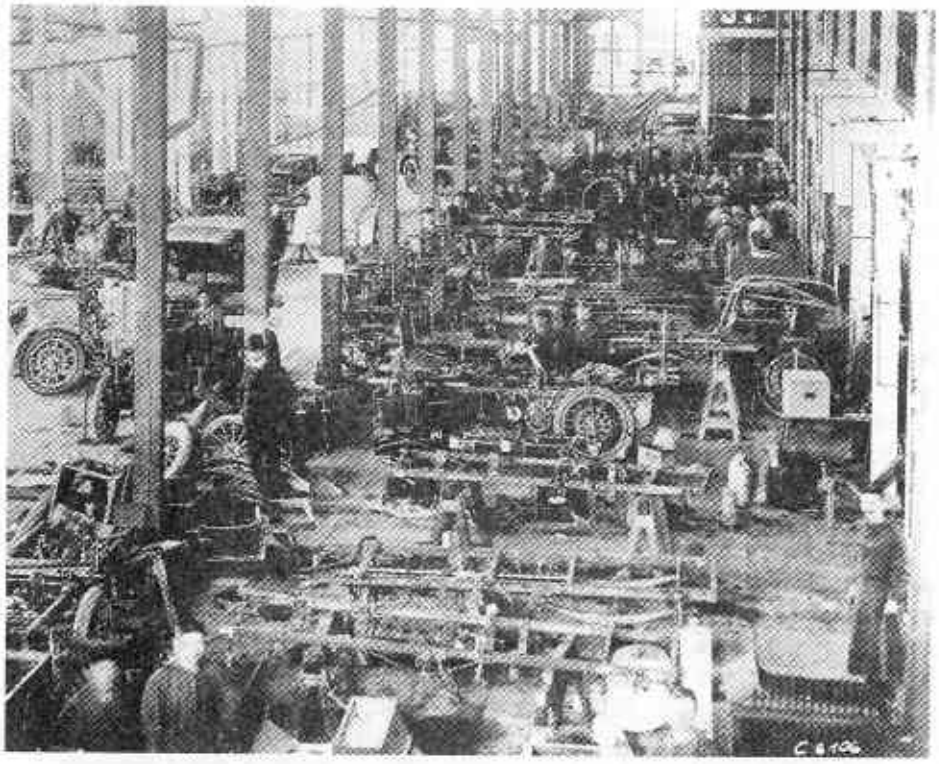


Bild 4b: Wagenmontage der Daimler-Fabrik, 1900

Arbeiterbewegung

Die Lage der arbeitenden Klasse (so auch der Titel einer Denkschrift Friedrich ENGELS aus dem Jahre 1845) um die Mitte des 19. Jahrhunderts kennen Sie bereits (GesM 5). Der harte Gegensatz zwischen Proletariat und reicher Oberschicht bestimmte aber auch die nachfolgenden Jahrzehnte in Europa nachhaltig. Allerdings kam es zu einer allmählichen Anhebung des Lebensstandards der Arbeiter. Das hatte eine Arbeiterbewegung erkämpft, die sich von Anfang an auch international verstand. Der ERSTEN INTERNATIONALE, die 1864 in London unter aktiver Mitwirkung von Karl MARX gegründet worden war, folgte 1889 die Gründung der ZWEITEN INTERNATIONALEN, der sozialistische Parteien von über 20 Ländern angehörten. Der Kampf um materielle Besserstellung der Arbeiterschaft war jeweils eng verknüpft mit dem Ziel der Erringung demokratischer Rechte. Am Beispiel des Deutschen Reiches werden Sie dies noch genauer kennenlernen.

Gewerkschaftsbewegung ergänzt die (politische) Arbeiterbewegung

Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang aber auch die Entwicklung des Gewerkschaftswesens. Die nachfolgende Tabelle zeigt Ihnen, wann es zur Gründung landesweiter Gewerkschaftsverbände kam: (Siehe nächste Seite!)

Tabelle 3: Gründung von Gewerkschaftsdachverbänden

1868	England	Trades Union Congress
1868	Deutschland	Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine (linksliberal)
1880	Schweiz	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
1886	USA	American Federation of Labour
1886	Canada	Trades and Labour Congress
1888	Spanien	Unión General de Trabajadores
1890	Deutsches Reich	Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (SPD-nah)
1893	Österreich-Ungarn	Provisorische Kommission der Gewerkschaften
1895	Frankreich	Conféderation Génerale du Travail
1898	Schweden	Landesorganisationen i Sverige
1901	Deutsches Reich	Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands
1906	Italien	Confederatione Generale del Lavoro

Im Jahre 1910 gab es in Deutschland insgesamt bei fünf konkurrierenden Gewerkschaftsrichtungen fast 3,5 Millionen organisierte Arbeiter, in Großbritannien 2,4 Millionen, in Frankreich 1 Million, Italien 0,9 und in den USA 2,1 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

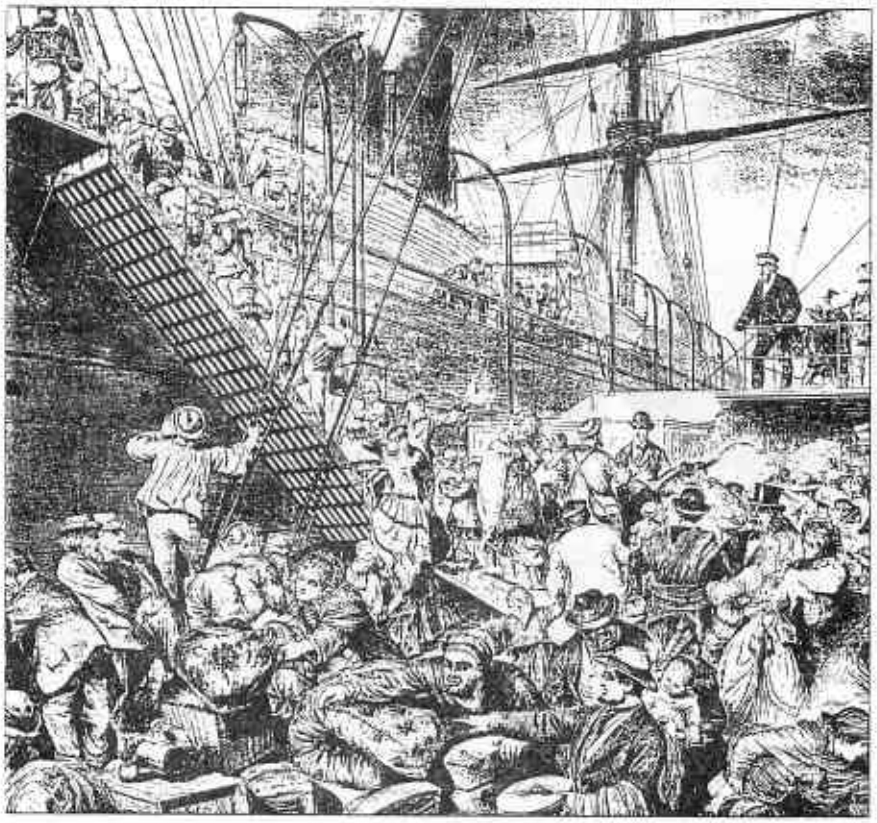


Bild 5: Auswanderer gehen an Bord, zeitgenössische Darstellung von 1885

Auswanderung führt zur Europäisierung der Welt

Neben die Binnenwanderung trat im 19. Jahrhundert eine andere Wanderungsbewegung, die nicht auf Europa beschränkt blieb: die Auswanderung. So verließen zwischen 1870 und 1914 fast drei Millionen Deutsche ihre Heimat. Zeitweise betrug ihr Anteil an den Einwanderern in die USA nahezu 30 %. Aber selbst Großbritannien war ein Auswandererland. Zwischen 1870 und 1914 verließen elf Millionen das Vereinigte Königreich, darunter besonders viele Iren. Die Auswanderung trug zu einer Europäisierung der Welt in entscheidendem Maße bei, mehr vielleicht als die Kolonialisierung, auf die wir noch zu sprechen kommen (vgl. Kap. 5).

Gesellschaftliche Umschichtungen

Es liegt auf der Hand, dass die Industrialisierung mit ganz erheblichen gesellschaftlichen Umschichtungen verbunden gewesen ist; denn durch die Technik entstanden neue Formen der Arbeit, damit neue Abhängigkeiten, neue Schichten - die der Unternehmer, der Arbeiter und der Angestellten. Daneben blieben aber auch die älteren sozialen Ordnungen bestehen, die bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hinein für Europa typisch gewesen waren und die sich nach der Französischen Revolution allmählich entwickelt hatten. Wissenschaftler sprechen daher auch von einer "industriellen Evolution" (Evolution = Entwicklung). Eine Analyse der Gesellschaft der europäischen Industriestaaten gibt folglich kein einheitliches Bild. Wir wollen daher die amerikanische Gesellschaft kurz darstellen, weil sie vielleicht am typischsten für diese Zeit ist, weil sie ohne historische Vorbelastungen die Industriegesellschaft zum Ausgang des 19. Jahrhunderts repräsentiert.

Bild 6: In der dritten Klasse eines Auswandererschiffes, Illustrierte Zeitung von 1882

2.2 Die Entwicklung in Nordamerika

Die amerikanische Gesellschaft um 1900 war zwar ein Schmelztiegel der unterschiedlichsten Einwanderernationen; aber in sich war sie in vier Gruppen gegliedert, die sich deutlich abgrenzten: Industriebosse wie MORGAN, ROCKEFELLER, FORD, VANDERBILT oder CARNEGIE bildeten die Gruppe der Kapitalisten, die nur wenige tausend Menschen groß war. Sie beherrschten alle Schlüsselindustrien, unter anderem auch die Erdölindustrie, die eine immer größere Bedeutung gewann. Diesem Unternehmertum, das den Kapitalismus unverblümt praktizierte und das Recht des Stärkeren in der Wirtschaft für sich in Anspruch nahm (und damit die Lehren Charles DARWINs [1809 - 1882] auf die Gesellschaft übertrug), stand eine Industriearbeiterschaft gegenüber, die 1910 etwa 30 % der Gesamtbevölkerung ausmachte. Zwar kam es Ende des Jahrhunderts zu Gewerkschaftsgründungen, aber erst Streikbewegungen wie die von 1902 machten das Elend der Arbeiter wirklich bewusst und führten dazu, dass sich ganz zögernd auch die Regierung für ihre Belange einsetzte. Eine staatlich garantierte soziale Sicherheit aber gab es für sie nicht. Gleich groß war die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Die Farmer hatten einen erheblichen Anteil an der Erschließung des amerikanischen Subkontinents gehabt, gerieten aber wegen sinkender Agrarpreise und gleichzeitig steigender Produktivität häufig in wirtschaftliche Schwierigkeiten, so dass viele Landarbeiter wurden und das Proletariat vergrößerten. Auch für diese Bevölkerungsgruppe entdeckte der Staat erst kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges seine Verantwortung und es kam zu Gesetzen, die die Farmer in ihrer Existenz sichern sollten. Industriearbeiter und Farmer standen also im Schatten; typisch für den Fortschrittsglauben und den "American way of life" war die vierte und größte Gruppe: der Mittelstand ("middle classes"), bestehend aus Angestellten, freien Berufen (Anwälte, Ärzte), Ladenbesitzern, Beamten. Diese Gruppe war am Aufstieg orientiert, für sie war die Gesellschaft am ehesten durchlässig, der Weg nach oben möglich; für diese Gruppe galt die Ideologie der offenen demokratischen Gesellschaft.

Die amerikanische Gesellschaft repräsentiert die neuen Industriegesellschaften

Ein Blick in Ihren Geschichtsatlas zeigt Ihnen, dass sich die Agglomeration (= Zusammenballung) der Bevölkerung in den industriellen Zentren der USA ebenso vollzog wie in Europa. Die Erschließung des amerikanischen Westens mit der Eisenbahn war nicht eine Legende, die Hollywood in immer neuen Filmen am Leben hält, sondern prägende Realität dieser Epoche.

Eisenbahnen erschließen den amerikanischen Kontinent

2.3 Zusammenfassung

Trotz zahlreicher Unterschiede im einzelnen weist der Zeitabschnitt zwischen 1871 und 1914 für die europäischen Industriestaaten und die USA eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf:

1. Die "industrielle Revolution" führte in allen westlichen Industriestaaten Europas und den USA zu neuen Produktionsformen (Fabriken), oft in neuen Produktionsstätten, die sich zu industriellen Zentren entwickelten.

2. Die Entwicklung und der Ausbau von neuen Verkehrsmitteln und Verkehrswegen (Eisenbahn, Seeverkehr) beschleunigte die Industrialisierung und förderte den Welthandel.

3. Der wirtschaftliche Schwerpunkt verlagerte sich also vom agrarischen in den industriellen Bereich. Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften) ermöglichten die Beschaffung des für die Investitionen erforderlichen Kapitals.

4. Die neuen Industriezentren nahmen den Bevölkerungsüberschuss zu einem erheblichen Teil auf. Es kam zu großen Binnenwanderungen, die zur Konzentration der Bevölkerung in den industriellen Ballungsgebieten führten (Verstädterung).

5. Die Industrialisierung konnte die Folgen der Bevölkerungsexplosion nicht allein auffangen. Die Auswanderung führte aber zwangsläufig zu einer Europäisierung der Erde.

6. Als Folge des wirtschaftlichen Geschehens kam es zu gesellschaftlichen Umschichtungen. Die Industriearbeiterschaft trat als neue Klasse überall deutlich in Erscheinung; im "Mittelstand" gewannen die Angestellten an Bedeutung.

Überprüfen Sie nun bitte Ihre Kenntnisse. Benutzen Sie bei der Lösung der folgenden Aufgaben bitte stets einen Bleistift, damit Sie mögliche Fehler nach dem Vergleich mit den Lösungen im Anhang berichtigen können. Es ist in Ihrem Interesse, die Aufgaben selbständig zu lösen, ehe Sie im Anhang nachschlagen!

I. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

1. Nennen Sie drei Beispiele für die industrielle Dynamik der Epoche nach 1870!

2. Welche Bedeutung hat der Ausbau des Verkehrsnetzes, vor allem des Eisenbahnnetzes, für die industrielle Entwicklung in Europa?

3. Nennen Sie zwei Gründe für die sog. "Bevölkerungsexplosion"!

4. Welche Bedingungen führen zu den großen Binnenwanderungen?

5. Wenn Sie die beiden Bilder auf den Seiten 13 und 14 (Nr. 5 und Nr. 6) betrachten - welche Aussagen machen diese Bilder über die Ursachen der Auswanderung im 19. Jahrhundert?

6. Welche vier Gruppen bilden den Kern der amerikanischen Gesellschaft um 1900?

MERKDATEN, WICHTIGE EREIGNISSE UND SCHWERPUNKTBEGRIFFE

INDUSTRIALISIERUNG; INDUSTRIENATION; STAHLZEIT; SCHLÜSSELINDUSTRIEN; PRO-KOPF-EINKOMMEN; KAPITALKRAFT; EISENBAHNNETZ; KANALBAUTEN IN ÜBERSEE; FORTSCHRITT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK; BEVÖLKERUNGSEXPLOSION; LEBENSERWARTUNG; BINNENWANDERUNG; ARBEITERBEWEGUNG; GEWERKSCHAFTEN; AUSWANDERUNG; EUROPÄISIERUNG

1848 Kommunistisches Manifest
1864 Gründung der Ersten Internationalen
1868 Gründung von Gewerkschaften (Trade Unions) in England
1869 Eröffnung des Suez-Kanals
1890 Gründung von Gewerkschaften in Deutschland
1895 Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals
1914 Eröffnung des Panama-Kanals

3 WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT DES WILHELMINISCHEN DEUTSCHLANDS

3.1 Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1871 und 1914

Als am 18. Januar 1871 der Großherzog von BADEN im Spiegelsaal von Versailles ein Hoch auf Kaiser WILHELM ausbrachte, war die Reichsgründung als Folge des Sieges über Frankreich vollzogen. Zweiundzwanzig monarchisch regierte Einzelstaaten und die drei Stadtrepubliken Hamburg, Bremen und Lübeck bildeten fortan das Deutsche Reich, für das der Kaiser in seiner ersten Thronrede, noch auf französischem Boden, versprach, *"allzeit Mehrer ... zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den GÜTERN UND GABEN DES FRIEDENS, auf dem Gebiete der NATIONALEN WOHLFAHRT, Freiheit und Gesittung."* Damit war schon am ersten Tag des neuen deutschen Nationalstaates ein Akzent gesetzt worden, der für die nächsten Jahrzehnte gültig sein sollte.

Fünf Milliarden Goldfranken, die Frankreich als Kriegsentschädigung zu zahlen hatte, mehr noch die nationale Aufbruchstimmung, führte in den ersten Jahren nach der Reichsgründung zu einem ungeahnten Wirtschaftsaufschwung. Zahlreiche Aktiengesellschaften wurden gegründet, in Industrie, Handel und Verkehr wurde investiert, man spekulierte und nutzte den neuen einheitlichen Wirtschaftsraum, der durch die Vereinheitlichung des Währungssystems und die konsequente Einführung des Dezimalsystems bei Maßen und Gewichten zusätzliche Anreize bot. So kam es zu einem regelrechten Boom, der allerdings schon 1873 in sich zusammenfiel. Der "Gründerkrach" führte zu zahlreichen Firmenzusammenbrüchen und Massenarbeitslosigkeit. Dennoch waren die "Gründerjahre", wie man die ersten Jahre von 1871 bis 1873 nannte, nicht vergeblich. Nach wenigen Jahren der Depression erholte sich die Wirtschaft wieder, die Aufwärtsentwicklung setzte sich fort, wenn auch verlangsamt und von konjunkturellen Schwankungen beeinflusst.

"Gründerjahre" nach 1871 enden 1873 im "Gründerkrach"

Zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg kam es zu einer Vervierfachung der Ausfuhr. Im selben Zeitraum versechsfachte sich die Industrieproduktion. Das Deutsche Reich stieg damit in die Gruppe der drei größten Industrienationen auf (neben Großbritannien und USA), wobei es diesen Aufstieg nicht nur den "alten" Industriezweigen Kohle und Stahl, sondern auch den "jungen" Technologien Elektrizität und Chemie verdankte; genannt seien Siemens und Bayer als Repräsentanten dieser neuen Industriezweige.

Deutschland drittgrößte Industrienation

Neue Technologien

Tabelle 4: Die Steinkohlenförderung zwischen 1870 und 1910

Jahr	Ruhrgebiet		Deutschland insgesamt	
	in Mio t	in % (1870 = 100)	in Mio t	in % (1870 = 100)
1870	11,8	100	23,3	100
1880	22,5	191	42,2	181
1890	35,5	301	64,4	276
1900	60,1	509	109,3	469
1910	89,1	755	151,1	649

Rascher Übergang vom Agrar- zum Industriestaat

Die Zahl der Aktiengesellschaften stieg von 2 143 im Jahre 1886 auf mehr als 5 300 im Jahre 1913. Der Außenhandel expandierte besonders stark, wobei als Auslandsmärkte die Kolonialgebiete Großbritanniens und die USA viel wichtiger waren als die für die Volkswirtschaft eher bedeutungslosen deutschen Kolonien des Reiches. Deutschland hatte also teil an der gesamteuropäischen Hochindustrialisierung und den Übergang vom Agrar- zum Industriestaat vollzogen, noch bevor das 20. Jahrhundert begann.

Tabelle 5: Deutschland 1867 - 1907 - Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren

Jahr	Landwirtschaft		Industrie und Handwerk		Dienstleistungen		Insgesamt
	in Mio	in %	in Mio	in %	in Mio	in %	in Mio
1867	8,3	51,5	4,4	27,1	3,5	21,4	16,2
1882	8,2	43,5	6,4	33,7	4,3	22,8	18,9
1907	9,9	35,2	11,3	40,1	7,0	24,7	28,2

3.2 Die Wilhelminische Gesellschaft [1a]

Mit der Reichsgründung war eines der Hauptziele des Liberalismus erreicht: der Nationalstaat. Was lag näher, als dass sich das Bürgertum kraftvoll und selbstbewusst als führende gesellschaftliche Kraft empfunden und politisch entsprechend artikuliert hätte. Individuelles Leistungsbewusstsein, Unternehmungsgeist und Erfolgsstreben; Hochachtung vor (eigener) Arbeit und Fleiß, liberale Tugenden wie Freiheitsliebe und Rechtsbewusstsein; dazu ein starkes Nationalbewusstsein, die Achtung von Bildung und Besitz - dies wäre in Kurzform der Idealtyp der bürgerlichen Gesellschaft.

Aber dazu kam es in der so skizzierten Form nicht. Die gescheiterte Revolution von 1848 und die nachfolgende Zeit der Reaktion hatten in Preußen und in den anderen deutschen Monarchien die feudale Sozialstruktur weitgehend erhalten. Das Beamtentum blieb auf die Herrscher fixiert, das Militär von alters her ebenso. In Preußen galt bis zum Ende des Weltkrieges das *Dreiklassenwahlrecht*, Ausdruck eines vorindustriellen, feudalistischen Obrigkeitsstaates. Die Hofgesellschaft bildete das gesellschaftliche Vorbild, dem das aufstrebende Bürgertum nur zu gerne nacheiferte. Es kam also zu einer innigen Liaison zwischen der alten Feudalgesellschaft, in Preußen durch den landbesitzenden Adel (Junker) besonders reaktionär, und der Bourgeoisie. Das Selbstbewusstsein des Bürgertums orientierte sich an dem Grad der Anerkennung, der ihm vom Hofe zuteil wurde. Da der Adel, z. B. als Besitzer der Kohlegruben, rasch teil hatte am wirtschaftlichen Aufschwung, war er aber nicht nur gesellschaftliches Idol, sondern auch ökonomischer Partner, so dass es zu einer raschen Verschmelzung von bürgerlicher Hochfinanz und Unternehmertum mit dem Adel kam.

Dreiklassenwahlrecht in Preußen bis 1918

Großbürgertum orientiert sich am Adel

Anders hingegen verlief die Entwicklung für die Lohnarbeiter. Die MARXsche Gesellschaftsanalyse hatte ihnen zu einem Selbstverständnis verholfen, das sich rasch in politischem Selbstbewusstsein ausdrückte und sich auch durch staatliche Repression (Sie werden bei der Darstellung der BISMARCK-Zeit darüber Genaueres erfahren) nicht auslöschen ließ. Die Wahlergebnisse der SPD bei den Reichstagswahlen (vgl. Kap. 4, S. 29) zeigen dies ebenso wie die rasch steigenden Mitgliederzahlen für die Gewerkschaften. Die Lebensverhältnisse der Industriearbeiter waren unterschiedlich, selten kam es zu bescheidenem Wohlstand. Sie wichen aber allzu oft noch positiv von denen der Heimarbeiter, Dienstboten und Landarbeiter ab.

Große Gewinne für die SPD bei Reichstagswahlen

Arbeiterschaft organisiert sich in Gewerkschaften

[1a] Eine anschauliche Darstellung der frühwilhelminischen Epoche bietet:
Siemann, Wolfram: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871
Frankfurt a.M. 1990

Schichtung der Gesellschaft im Wilhelminischen Kaiserreich. 1907 lebten im Kaiserreich 61,72 Millionen Einwohner, davon waren 28,1 Millionen erwerbstätig (einschl. Soldaten) und 9,5 Millionen Frauen (= 34%)

1. *Unterschicht* - sozial Deklassierte (Asoziale, Prostituierte, Gelegenheitsarbeiter, Arbeitslose usw.). Zu ihnen sind auch größtenteils die jährlich rund 180 000 unehelichen Kinder und ihre Mütter zu rechnen. Landarbeiter: 3,4 Mio Erwerbstätige; Arbeiter in Industrie und Handwerk: 8,7 Mio; Arbeiter in Handel, Verkehr und Dienstleistungen (meist Verkäufer): 1,9 Mio; Arbeiter in häuslichen Diensten (meist Dienstboten) 1,7 Mio. Knapp 16 Millionen (= 55%) der Erwerbstätigen sind also Arbeiter. Die Zahl der Soldaten und Unteroffiziere beträgt rund 1/2 Mio, d.h. rund 58% der Erwerbstätigen gehören zur Unterschicht.
2. *Untere Mittelschicht* (= Mittelstand) - Angestellte in Handel, Dienstleistungsgewerbe und Industrie: 2 Mio; Handwerker und Kleinkaufleute: 2 Mio; untere und mittlere Beamte: 1,5-2 Mio; selbständige Bauern: 2,5 Mio; insgesamt ca. 30% der Erwerbstätigen. Unter- und untere Mittelschicht machen also rund 90% der Erwerbstätigen aus.
3. *Mittlere* und *obere Mittelschicht* - Gehobene und höhere Beamten als Kernanteil (dazu zählen u.a. Gymnasiallehrer, Universitätsprofessoren, Richter, Offiziere), Unternehmer, Ingenieure, Schauspieler, Musiker, Schriftsteller, bildende Künstler u.ä.; zusammen 8-9 % der Erwerbstätigen.
4. *Oberschicht* - Elite. Zur älteren Elite gehören die Höfe, der Hochadel, aber auch der grundbesitzende Landadel als großer Arbeitgeber (vor allem Ostelbier) und die Spitzen von Militär und Verwaltung (vorwiegend adliger Herkunft); höchstens 1-2 %. Zur neuen Elite zählte man die wenigen tausend Spitzenkräfte des Großbürgertums.

Graphik 1: Gesellschaft des Wilhelminischen Reiches

Eine neue Mittelschicht entsteht

Zwischen einer politisch selbstbewussten Arbeiterschaft und den Spitzen der Gesellschaft befand sich das Kleinbürgertum: Handwerker, Subalternbeamte, der neue Stand der Büroangestellten und der Handlungsgehilfen. Lebensstil und politische Orientierung suchte es mit Blick nach oben, ohne doch echte Chancen für einen wirklichen gesellschaftlichen Aufstieg zu haben. Das Bildungsbürgertum (Gymnasiallehrer, Professoren, protestantische Geistliche) war zumeist loyal dem Staat gegenüber und richtete sich aus an den politisch-gesellschaftlich Bessergestellten.

So kann man also zusammenfassend folgende paradoxe Feststellung treffen: Die Wilhelminische Gesellschaft war ihrer inneren Ausrichtung nach vorkapitalistisch-feudalistisch, während die Wirtschaft des Kaiserreiches auch im internationalen Vergleich wegweisend war und neben den USA als besonders fortschrittlich gelten mußte.

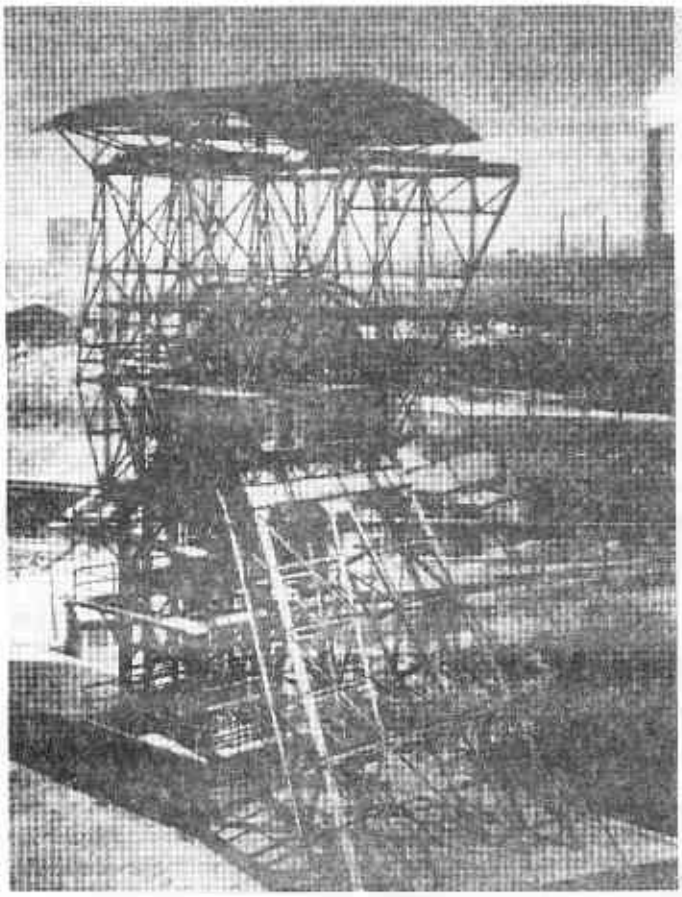


Bild 7: Förderturm der Zeche Westende, Duisburg, Ende des 19. Jahrhunderts

Bild 7a: Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Deutsches Eck, Koblenz (Ansichtspostkarte 1900)

II. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

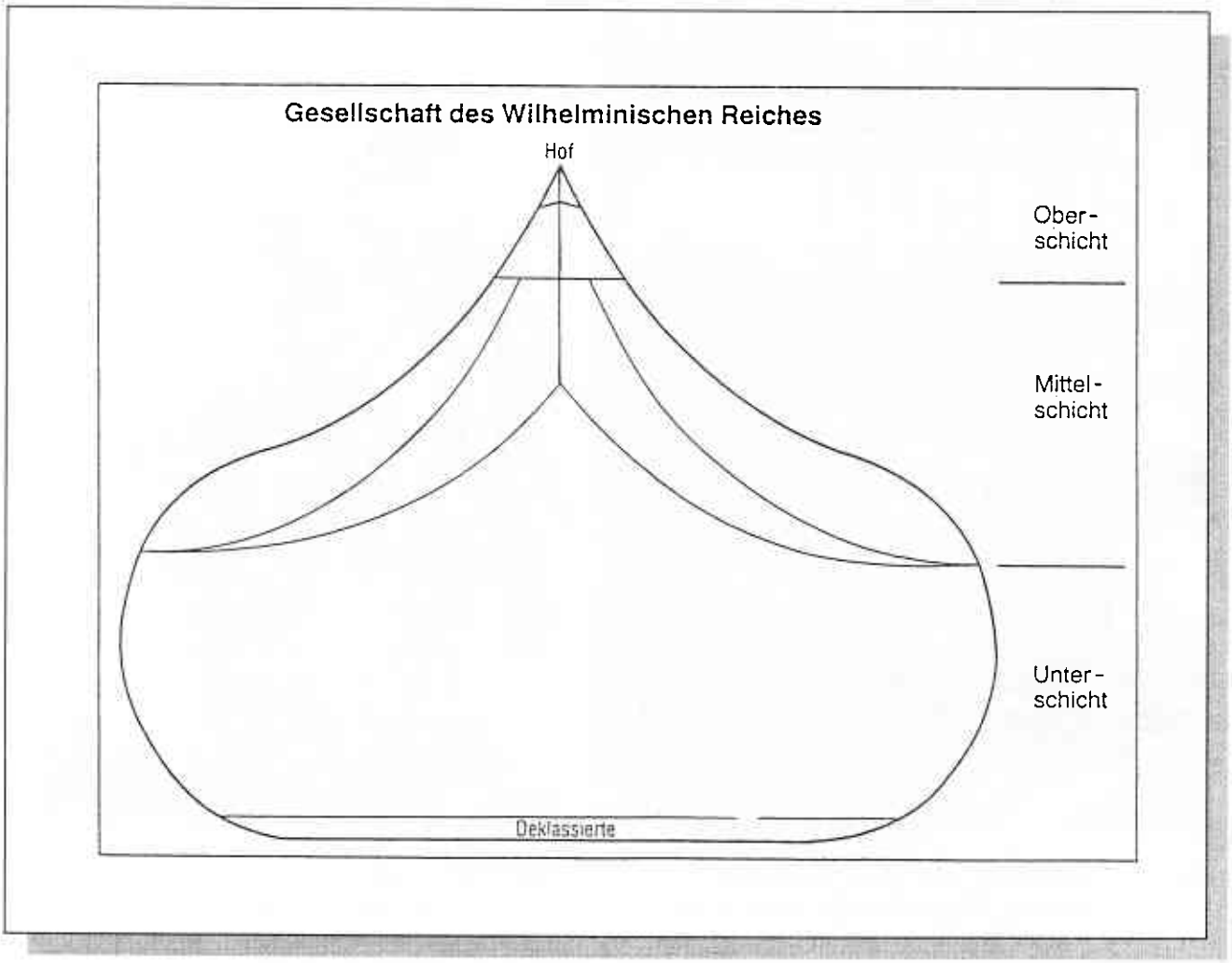
1. Warum bestätigt die Statistik auf S. 18 (Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren 1867 - 1907) die Aussage, das Deutsche Reich habe sich in wenigen Jahrzehnten vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt?

2. Im Abschnitt 3.2 werden im Text zur Beschreibung der Gesellschaftsstruktur u. a. folgende Bezeichnungen verwandt:

   Adel, Beamtentum, Bildungsbürgertum, Büroangestellte, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Hofgesellschaft, Industriearbeiter, Landarbeiter, Offizierkorps.

   Tragen Sie diese auf der folgenden Seite in die vereinfachte Graphik "Gesellschaft des Wilhelminischen Reiches" ein, ohne auf die vollständige Graphik auf Seite 20 zurückzugreifen:

(Fortsetzung nächste Seite!)



3.3 Geschichte in Quellen: Zeitgenössische Dokumente geben Auskunft über wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen im Kaiserreich

3.3.1 Einführung in die - *abweichende* - Arbeitsweise dieses Abschnittes

Geschichtliche Darstellungen kommen dadurch zustande, dass Historiker eine Vielzahl von Quellen auswerten und daraus einen zusammenhängenden Text formen. Dies sind Sie bislang gewohnt gewesen, und GesM 6 hält sich an diese Regel; auch die Abschnitte 3.1 und 3.2 sind so entstanden.

Im folgenden Abschnitt bieten wir Ihnen ZUSÄTZLICH an, sich mit einigen Quellen zu befassen, um so Ihr Bild der Wilhelminischen Epoche zu vertiefen. Sie müssen nicht alle Quellen lesen, aber zumindest EINIGE der nachfolgenden Quellen sollten Sie bearbeiten und die Fragen dazu beantworten; dies muss nicht unbedingt schriftlich erfolgen. Sie vertiefen so Ihr Verständnis, auch wenn die Auswahl keinen Anspruch auf eine umfassende Dokumentation dieses Zeitabschnittes stellt.

3.3.2 AUSGEWÄHLTE QUELLEN

3.321 *"Werkstatt-Ordnung" des Berliner Elektrounternehmens Siemens & Halske aus dem Jahre 1875* Quelle 1

§ 2. Die Arbeitszeit ist bis auf Weiteres von Morgens 7 bis Mittags 12 Uhr, mit einer Frühstückspause von 8 1/4 bis 9 Uhr, und von Mittags 2 bis Abends 6 Uhr festgesetzt. Für die Zeitbestimmung gilt nur die Fabriks-Uhr.
Wer nach der festgesetzten Arbeitszeit kommt, wird morgens nur bis 8 Uhr und Nachmittags nur bis 3 Uhr eingelassen und ist dabei verpflichtet, dem Portier seine Karte abzugeben. Letztere wird dem betreffenden Arbeiter vor Schluß der Arbeitszeit zurückgegeben und 10 Pfennige zu Gunsten der Unterstützungskasse für kranke und hilfsbedürftige Arbeiter der Fabrik von ihm erhoben. Außerdem wird dem zu spät kommenden die versäumte Zeit in Abzug gebracht, wobei die versäumten Stunden immer voll gerechnet werden. Wer während der Arbeitszeit oder vor Schluß derselben die Fabrik verlassen will, muß dies seinem Meister anzeigen, von welchem er einen Passirschein erhält, der beim Verlassen der Fabrik dem Portier abzugeben ist. Ohne einen solchen Schein darf der Portier Niemand passiren lassen. Wer einen ganzen Tag, ohne Anzeige gemacht zu haben, fehlt, wird als ausgeschieden betrachtet.

§ 4. Den Anordnungen seines Meisters hat Jedermann pünktlich Folge zu leisten und die ihm von demselben übertragenen Accord- oder Lohnarbeiten auszuführen. Im Falle der Widersetzlichkeit kann der Meister den Arbeiter sofort entlassen.

§ 6. Wer übertragene Arbeiten so ausführt, daß sie durch seine Schuld unbrauchbar werden, ersetzt den Werth des Materials und verliert den Arbeitslohn. ...

§ 10. Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann von beiden Seiten ohne vorhergehende Kündigung zu jeder Zeit stattfinden.
Zuwiderhandlungen gegen diese Werkstatt-Ordnung, Veruntreuung, Widersetzlichkeit gegen Vorgesetzte, ungebührliches Betragen gegen die Mitarbeiter, sowie Nachlässigkeit beim Umgehen mit Feuer und Licht hat die sofortige Entlassung zur Folge. ...

Leitfragen:

a) Wie spiegeln sich die realen Arbeitsverhältnisse in dieser damals als fortschrittlich geltenden Werkstatt-Ordnung wider?

b) Was sagt die Ordnung über die Beziehungen zwischen Arbeitern, leitenden Mitarbeitern und der Firmenleitung aus?

3.322 *Büroordnung aus dem Jahre 1907* Quelle 2

1. Der Dienst dauert während des ganzen Jahres von 8-12 und 1 1/2-6 Uhr. ... Wenn sich Ueberstunden als notwendig erweisen, so sind sie als selbstverständlich aufzufassen und berechtigen in keiner Weise zu irgend welchen Entschädigungsansprüchen.

2. An Sonn- und Feiertagen bleiben die Bureaus geschlossen.

3. Die Angestellten haben sich morgens und mittags mit größter Pünktlichkeit einzustellen und ohne Verzug mit der Arbeit zu beginnen.

7. Der jeweilige I. Buchhalter hat für die allgemeine Ordnung Sorge zu tragen und das pünktliche Erscheinen der Angestellten zu kontrollieren.

8. Korrespondenz-, Reklame- und Registratur-Abteilung unterstehen in direkter Weise dem I. Korrespondenten. Die Beamten dieses Ressorts haben sich ohne weiteres seinen durch den Chef sanktionierten Direktiven zu fügen.

10. Die Korrespondentinnen haben die ihnen übertragenen Arbeiten in korrekter und sauberer Form zu erledigen. Sie haben bei evtl. Ueberlastung dem I. Korrespondenten Mitteilung zu machen.

15. Die Beamten haben sich in den Räumen so zu bewegen, wie es Angestellten eines angesehenen Betriebes geziemt. Das Herumstehen, das laute Rufen von einem Platze zum anderen ist ungebührlich und deshalb verboten. Hat ein Angestellter ein geschäftliches Anliegen - nur ein solches darf in Betracht kommen - an einen anderen, so hat er ruhig an dessen Pult zu treten, die Angelegenheit zu ordnen und ebenso ruhig an seinen Platz zurückzukehren.

16. Beiden Parteien steht am 1. jeden Monats das Kündigungsrecht für den nächsten 1. zu.

17. Alle geschäftlichen Angelegenheiten sind als strengste Geheimnisse zu betrachten. Irgend ein Vertrauensbruch zieht sofortige Entlassung nach sich.

18. Ebenso wird mehrmaliges Zuspätkommen mit Entlassung bestraft.

Worterklärung: In den Ziffern 8 und 15 wird von "Beamten" gesprochen. Es war derzeit üblich, Angestellte in Firmen ebenfalls als Beamte zu bezeichnen. Im "Bankbeamten" hat sich dieser Wortgebrauch bis heute erhalten.

Leitfragen:

a) Wie sieht die Rangordnung innerhalb dieses Büros aus?

b) Was sagen die Ziffern 8 und 10 über das Verhältnis von Männern und Frauen am Arbeitsplatz aus?

c) Vergleichen Sie diese Büroordnung einmal mit der Werkstattordnung von Siemens & Halske: wo finden Sie Gemeinsamkeiten, wo Abweichungen?

Quelle 3

3.323 ***Lebenserinnerungen eines Bergmanns***

Zeche Neumühl liegt in Hamborn, einem Orte an der Mündung der Emscher in den Rhein. Hamborn setzt sich aus einigen Bauernschaften zusammen, deren eine, die an die Orte Sterkrade, Oberhausen und Meiderich grenzt, Neumuhl hieß. Hamborn hatte im Jahre 1890 zirka 8000 Einwohner. Zu dieser Zeit begann der Großindustrielle August Thyssen in der Gemeinde die Schächte Deutscher Kaiser abzuteufen und erbaute das Hüttenwerk gleichen Namens. Die Familie Haniel errichtete von 1893 an die Schachtanlage Neumühl. Diese Bauten zogen riesige Arbeitermengen heran. Im Jahre 1900 war die Einwohnerzahl bereits auf 33 000 gestiegen, dann aber nahm sie jedes Jahr um zirka 10000 zu, bis mit der Erreichung der 150000 diese wilde Entwicklung abschloß.

Ein Muster dieser amerikanischen Entwicklung war die Zeche Neumühl. Im Jahre 1893 begann mit 28 Arbeitern das Abteufen. Die Zeche hatte 1895 69, 1900 1872, 1902 3520 und 1904 schon 4895 Mann Belegschaft. Mit zirka 5500 Mann war sie dann auf dem Höhepunkt. War Stock und Scherenberg mit zirka 400 Arbeitern ziemlich die kleinste Zeche im Ruhrrevier, so war Neumühl die größte. Eine solche Mammutanlage wie Neumühl ist in Deutschland wahrscheinlich nur einmal errichtet worden. Auf nur einer Doppelschachtanlage mit zwei Doppelschächten wurden zirka 5500 Menschen beschäftigt.

Die Zeche stand außerhalb des Syndikats, konnte daher ungehindert durch die Quotenbeschränkung fördern und stellte jeden ein, der Arbeit haben wollte. Die Anlage förderte 1903/04 im Durchschnitt pro Tag 9100 bis 9200 Förderwagen zu je 12 Zentner. Die Förderziffern betrugen pro Jahr:

1897	*19854 To.*	*1899*	*221483 To.*
1898	*57081 To.*	*1900*	*477514 To.*
1901	*787910 To.*	*1903*	*1476043 To.*
1902	*1070792 To.*	*1904*	*1641470 To.*

Der Betrieb raste!

Aber auch die Belegschaft zeigte deutlich den Stempel der hypertrophischen Entwicklung. Als im Jahre 1904 an einem Tage die Zusammensetzung der Belegschaft festgestellt wurde, setzte sie sich aus 3108 Deutschen, von denen 1340 aus den östlichen Provinzen stammten und polnisch als Muttersprache redeten, ferner aus 1095 Österreichern aus Krain und Steiermark, Slovener oder Cuditsche genannt, aus 240 Holländern, 156 Italienern, 53 Russen, 33 Belgiern und 4 sonstigen Ausländern zusammen.

Worterklärungen:

* August Thyssen (1842 - 1926): Begründer eines der größten deutschen Montankonzerne
* Haniel: Bedeutendes Unternehmen im Bereich von Kohle und Stahl, gegründet schon 1809
* Amerikanische Entwicklung: Der Verfasser spielt auf den für die USA damals typischen Wirtschaftsboom an
* Syndikat: Gemeint ist das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das die Produktion und den Verkauf der angeschlossenen Zechen steuerte (also die "Quoten" festlegte
* Hypertrophie: Übertriebene, überzogene Entwicklung

Leitfragen:

a) Übertragen Sie die Produktionsziffern einmal in eine Graphik; was sagen die Zahlen aus über die Wachstumsraten?

b) Steht der Verfasser der Zeche eigentlich positiv oder eher negativ gegenüber?

3.324 August BEBEL (1840 - 1913) beschreibt 1880 die ***Familienverhältnisse der Arbeiter*** Quelle 4

Da ferner die Wohnungsmieten im Vergleich zu den Löhnen und zu dem Einkommen des Arbeiters, des niederen Beamten und des kleinen Mannes viel zu hoch sind, so müssen sie sich aufs Äußerste einschränken. Es werden sogenannte Schlafburschen oder Logiermädchen in die Wohnung genommen, öfter beide Geschlechter zugleich. Alte und Junge wohnen auf engstem Raume, ohne Scheidung der Geschlechter, und sind selbst bei den intimsten Vorgängen zusammengepfercht. Wie dabei Schamgefühl und Sittlichkeit fahren, darüber gibt es schauerliche Tatsachen. Die so vielfach erörterte Zunahme der Verrohung und Verwilderung der Jugend ist vorzugsweise den Zuständen in unserem Industriesystem geschuldet, mit dem die Wohnungsmisere in engster Beziehung steht. Und welche Wirkung muß die industrielle Arbeit für die Kinder haben? Die schlechteste, die sich denken läßt, sowohl physisch wie moralisch. Die immer mehr zunehmende industrielle Beschäftigung auch der verheirateten Frau ist namentlich bei Schwangerschaften, Geburten und während der ersten Lebenszeit der Kinder, während welcher diese auf die mütterliche Nahrung angewiesen sind, von den verhängnisvollsten Folgen. Es entstehen eine Menge Krankheiten während der Schwangerschaft, die sowohl auf die Leibesfrucht, als auf den Organismus

der Frau zerstörend wirken und Früh- und Totgeburten hervorrufen, worüber noch einiges gesagt werden wird. Ist das Kind zur Welt, so ist die Mutter gezwungen, so rasch als möglich wieder zur Fabrik zurückzukehren, damit nicht ihr Platz von einer Konkurrentin besetzt wird. Die unausbleiblichen Folgen für die kleinen Würmer sind: vernachlässigte Pflege, unpassende Nahrung oder gänzlicher Mangel an Nahrung; sie werden mit Opiaten gefüttert, um ruhig zu sein. Und die weiteren Folgen sind: massenhaftes Sterben oder Siechtum und Verkümmerung. Die Kinder wachsen vielfach auf, ohne rechte mütterliche oder väterliche Liebe genossen und ihrerseits wahre Elternliebe empfunden zu haben. So gebiert, lebt und stirbt das Proletariat.

Worterklärung: "Schlafburschen" und "Logiermädchen": Sie sind nicht mit Untermietern im heutigen Wortsinn zu verwechseln. Man bezahlte als "Schlafgänger" (ein anderer Ausdruck aus dieser Zeit) nur für die Benutzung einer Schlafstelle. Oft genug teilten sich Schichtarbeiter das Bett, so dass die Schlafstelle tags und nachts vergeben wurde.

Leitfragen:

a) Wie schildert Bebel das Leben der Frauen in Haus und in der Fabrik?

b) Warum sieht Bebel im "Industriesystem" die Ursachen für das von ihm beschriebene Elend?

Quelle 5

3.325 Der Mediziner Wilhelm von DRIGALSKI erinnert sich an seine
Gymnasialzeit in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts

Ich glaube nicht, daß sich die heutige Generation einen Begriff von der damals fast überall herrschenden Militärfrommheit machen kann. Der Uniform kam jeder entgegen, machte jeder Platz, es war nahezu undenkbar, daß ein Leutnant sich bei irgendeinem jungen Mädchen einen Korb holen konnte. "Mein Gott, wie kann man nur einen Leutnant töten?!" rief das junge Mädchen, als es hörte, daß ein solcher im Kriege gefallen sei. Dann machten die unter uns, die ins Kadettenkorps kamen, einen starken Eindruck auf uns; sie gehörten in unseren Augen bereits der glänzenden, überall ausgezeichneten Welt an. Sie behielten hoffärtig die Mütze beim Grüßen auf, während wir demütig die unansehnlichen Hüte schwenken mußten. Jeder hatte etwas für sie übrig, die Mädchen guckten ihnen nach.

Worterklärungen:

* Kadettenkorps: Gesamtheit der Kadetten (= Offiziersanwärter), die in Internaten ("Kadettenanstalten") bereits ab dem 10. Lebensjahr ihre Offiziersausbildung antreten konnten
* Prestige: Ansehen

Leitfragen:

a) Warum lachte eigentlich keiner über die Bemerkung des Mädchens, sondern hielt sie für angemessen?

b) Der Historiker H.-U. Wehler spricht 1983 von einem "sozialen Militarismus", "demzufolge das Militär nicht nur an die Spitze der Prestigeskala rückte, sondern mit seinen Wert- und Ehrvorstellungen die ganze Gesellschaft durchdrang."

Warum bestätigen Drigalskis Erinnerungen diese Deutung?

3.326 Adolf von WILKE über Quelle 6

die Adelssehnsucht des Bürgertums

Kaiser Wilhelm II. hat der Hochfinanz die Türen zum Weißen Saale im alten Schlosse an der Spree weiter geöffnet als seine Vorgänger auf dem Throne. Und ohne den Sturz der Monarchie würde sich die Zahl der von ihm nobilitierten Bank- und Industriemagnaten noch alljährlich vergrößert haben. Die Nobilitierungsgesuche, auch von Generalen und Beamten ... hatten sich im Heroldsamt, einer Abteilung des Ministeriums des königlichen Hauses, zu Haufen gestapelt. Der verstorbene Chef des Heroldsamtes, von Borwitz, sagte mir gelegentlich, man hätte sich zu einer Art von "Kontingentierung" entschließen müssen, indem in jedem Jahr nur eine bestimmte Anzahl von Nobilitierungen bewilligt wurde. Es dauerte mitunter jahrelang, ehe ein Gesuch an die Reihe kam. ...

Wilhelm II. verkannte diese Evolution nicht. Und er sah es als eine seiner Herrscherpflichten an, den Wünschen von Millionären nach Auszeichnungen - Orden und Adelsbriefen - entgegenzukommen, daran aber die Bedingung gemeinnütziger Spenden oder Stiftungen zu knüpfen. Englische Vorbilder mochten ihm dabei vorschweben. Einfache und Geheime Kommerzienräte errichteten Majorate in der "bedrohten Ostmark", gaben namhafte Summen für Kirchenbauten, für den Ankauf von Kunstwerken, für Wohltätigkeitsinstitute und wissenschaftliche Forschungen. Deshalb von einer "Käuflichkeit" von Orden und Adel zu sprechen, war zumindest übertrieben, nicht selten der Ausfluß von Neid und Mißgunst.

Worterklärungen:

* Nobilitierung: Erhebung in den Adelsstand
* Heroldsamt: Ein "Herold" trug im Mittelalter das Wappen; hier also das Amt, das den Neuadligen ihr Wappen verlieh
* Weißer Saal: Raum im Berliner Schloß, in dem der Kaiser Audienzen (= Empfänge) gab
* Evolution: Entwicklung
* Geheimer Kommerzienrat: Titel, der Großkaufleuten, Bankiers und Industriellen verliehen wurde
* Majorat: Familiengut (= landwirtschaftlicher Großbetrieb); hier ist gemeint, dass verschuldete Güter von adligen Standesgenossen vor einem Verkauf an Bürgerliche bewahrt werden sollen

Leitfragen:

a) Was sagt die Häufung der Gesuche aus über das Selbstbewusstsein des Bürgertums?

b) Welche Bedeutung misst der Verfasser der Adels- und Titelsehnsucht des Großbürgertums für den Bestand des Kaiserreichs bei?

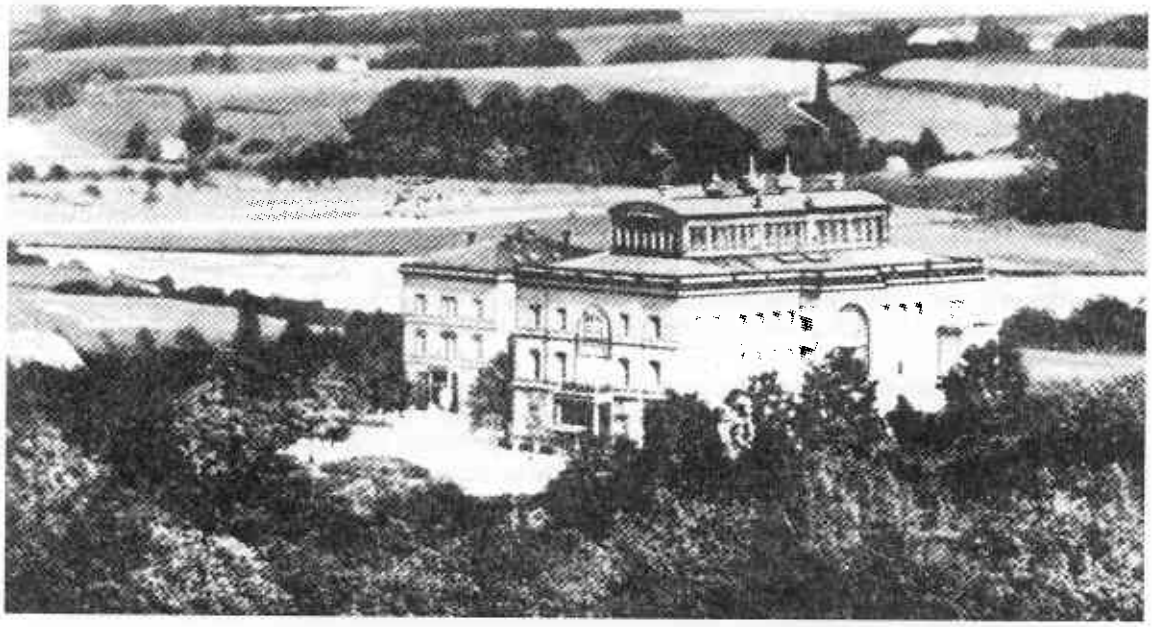


Bild 7b: Die Villa Hügel in Essen, Wohnsitz der Familie Krupp

Quelle 7

3.327 Walther RATHENAU kritisiert
das deutsche Großbürgertum

Schmachvoll war hier wie überall die Haltung des Großbürgertums, das durch Beziehungen und Vergünstigungen preiswert bestochen, seinen Vorteil im Ankriechen an die herrschende Schicht und in der Lobpreisung des Bestehenden suchte. Die geistige Verräterei des Großbürgertums, das seine Abkunft und Verantwortung verleugnete, das um den Preis des Reserveleutnants, des Korpsstudenten, des Regierungsassessors, des Adelsprädikats, des Herrenhaussitzes und des Kommerzienrats die Quellen der Demokratie nicht nur verstopfte, sondern vergiftete, das feil, feig und feist und durch sein Werkzeug, die nationalliberale Partei, das Schicksal Deutschlands zugunsten der Reaktion entscheiden ließ: Diese Verräterei hat Deutschland zerstört, hat die Monarchie zerstört und uns vor allen Völkern verächtlich gemacht.

Worterklärungen:

- Walther Rathenau (1876 - 1922): Deutscher Industrieller und Politiker; während des Kaiserreiches im Vorstand der AEG; als Außenminister der Weimarer Republik ermordet
- Korpsstudent: Angehöriger einer "schlagenden" (also fechtenden) studentischen Verbindung, die besonders hohes gesellschaftliches Ansehen genoss (Aussprache wie CHOR)
- Herrenhaus: Erste Kammer des Preußischen Landtages

Leitfragen:

a) Welche Kritik übt Rathenau am Großbürgertum?

Bedenken Sie, dass er selbst dieser Schicht angehört hat!

b) Vergleichen Sie Rathenaus Kritik mit den Aussagen, die Wilke (3.326) macht!

MERKDATEN, WICHTIGE EREIGNISSE UND SCHWERPUNKTBEGRIFFE

REICHSGRÜNDUNG; GRÜNDERJAHRE; AGRARSTAAT; INDUSTRIESTAAT; OBRIGKEITSSTAAT; HOFGESELLSCHAFT; GROSSBÜRGERTUM (= BOURGEOISIE); INDUSTRIEARBEITERSCHAFT; GEWERKSCHAFTEN; KLEINBÜRGERTUM; BILDUNGSBÜRGERTUM; UNTERSCHICHT; MITTELSCHICHT; OBERSCHICHT

1871 Reichsgründung
1873 "Gründerkrach"

4 DAS DEUTSCHE REICH UNTER BISMARCKS FÜHRUNG 1871 - 1890

4.1 Vorbemerkungen zur Themenauswahl und Art der Darstellung

Begründung der Stoffauswahl

Zwischen dem Ende der Reichskanzlerschaft BISMARCKs und der Gegenwart liegen ziemlich genau 100 Jahre. Innen- und außenpolitische Probleme, die die Zeitgenossen von damals bewegten, müssen also unter der Fragestellung geprüft werden, ob sie auch heute noch für das Verständnis der Ära BISMARCK wichtig sind. Andererseits können Sie zu Recht einen Überblick erwarten, der die historische Rolle des ersten Reichskanzlers deutlich macht. Eine knappe chronologische Skizze orientiert Sie daher über wichtige Daten und Fakten aus der Innen- und Außenpolitik. Ausführlicher werden Sie dann in zwei Themen eingeführt, die ihre geschichtliche Bedeutung bis heute behalten haben: BISMARCKs Verhältnis zur Arbeiterbewegung und zu den europäischen Staaten. Das erste Thema greift die sozialgeschichtliche Analyse der ersten beiden Kapitel wieder auf; das zweite macht deutlich, welche Rolle das Deutsche Reich als neuer außenpolitischer Faktor Europas übernahm und ermöglicht Ihnen, die späteren Änderungen besser zu begreifen, die dem Ersten Weltkrieg vorangingen.

4.2 Daten und Fakten: eine knappe Orientierung über innen- und außenpolitische Ereignisse während der Zeit zwischen 1871 und 1890

	INNENPOLITIK	AUSSENPOLITIK
1871	Am 18. Januar Kaiserproklamation im Spiegelsaal zu Versailles	Frieden von Frankfurt zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich: Elsaß-Lothringen fällt an Deutsches Reich; 5 Mrd. Goldfranken Kriegsentschädigung
1872	Beginn des "Kulturkampfes": Verbot des Jesuitenordens	
1873	Beginn einer wirtschaftlichen Krise (Ende der "Gründerjahre") Verstärkung des "Kulturkampfes": Staatliche (statt geistliche) Schulaufsicht; Zivilehe statt kirchlicher Trauung; "Kanzelparagraph" verbietet Priestern, zu politischen Fragen Stellung zu beziehen. Trotz dieser staatlichen Gewaltmaßnahmen steigt das moralische Ansehen der Kirche. Bei den Reichstagswahlen 1874 steigert das Zentrum seinen Stimmanteil von 18,6 auf 27,9 %.	Im Drei-Kaiser-Abkommen zwischen Kaiser Wilhelm I. (Deutsches Reich), Kaiser Franz Joseph I. (Österreich-Ungarn) und Zar Alexander II. (Rußland) kommt es trotz erheblicher Gegensätze zw. Ö-U. und Rußland (Balkan, Panslawismus) zu einer Übereinkunft zur Abwehr revolutionärer Bestrebungen.
1878	Bismarck leitet einen innenpolitischen Kurswechsel ein: Er bricht den "Kulturkampf" ab, beendet die Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen und arbeitet künftig mit Konservativen und Zentrum zusammen. Ende der liberalen Wirtschaftspolitik; mit der Schutzzollpolitik erschließt sich Bismarck auch neue Einnahmequellen für das Reich. Reichstag nimmt "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (Sozialistengesetz) an.	Der Berliner Kongreß unter Bismarcks Vorsitz ("ehrlicher Makler") revidiert den Frieden von San Stefano (Vorort von Istambul) zu Gunsten der Türkei, obwohl Rußland den türkisch-russischen Krieg 1877/78 gewonnen hat. Österreichische und englische Interessen (Zypern) werden nun auch berücksichtigt. Bismarcks Ansehen steigt international; Rußland ist verstimmt und fühlt sich von seinem Verbündeten schlecht behandelt.
1879		Geheimes Verteidigungsbündnis zwischen Ö-U und Dt. R. ("Zweibund")
1881		Erneuerung des Drei-Kaiser-Abkommens von 1873: Neutralitätsabkommen im Falle eines Angriffes einer vierten Macht
1882		Der Zweibund wird durch Hinzutritt Italiens zum "Dreibund" erweitert; 1912 letztmals erneuert
1883	Erstes der Sozialversicherungsgesetze beschlossen: Krankenversicherung	
1884	Unfallversicherungsgesetz	Togo, Kamerun, Dt.-Südwestafrika, Kaiser-Wilhelm-Land und Bismarckarchipel werden deutsche Kolonien bzw. "Schutzgebiete" Russisch-österreichische Spannungen auf dem Balkan führen dazu, daß das Dreikaiser-Abkommen nicht verlängert wird.
1887		Im "Rückversicherungsvertrag" zwischen Rußland und Dt. R. kommt es zu einem Neutralitätsabkommen, das dem Dreibund z. Tl. widerspricht.
1888	"Drei-Kaiser-Jahr": Kaiser Wilhelm I. stirbt; ebenso sein Nachfolger Kaiser Friedrich III.; Kaiser Wilhelm II. (Enkel Kaiser Wilhelms I.) neuer Deutscher Kaiser	
1889	Alters- und Invalidenversicherung	
1890	Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes Bismarck wird entlassen; Nachfolger ist Caprivi.	Nicht-Erneuerung des Rückversicherungsvertrages Beginn des "Neuen Kurses" Kaiser Wilhelms II.

4.3 Der Konflikt zwischen Staat und Arbeiterbewegung: Sozialistengesetz und Sozialversicherungsgesetze

4.3.1 Die Entwicklung des Sozialismus in Deutschland

Gothaer Programm der SAP 1875

"In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft ... Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind."[1] Als die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP) 1875 diese Sätze in ihr "Gothaer Programm" schrieb, hatten bereits knapp 7 % der Wähler bei den Reichstagswahlen 1874 ihre Stimme für die Partei abgegeben und damit neun Abgeordneten einen Sitz im Reichstag verschafft.

BISMARCK sieht in SAP Gefahr für "seinen" Staat

BISMARCK stand der Programmatik und politischen Entwicklung mit großer Sorge gegenüber. Schon 1871, der erste Reichstag war kaum gewählt und gerade ein sozialistischer Abgeordneter (A. Bebel) saß im Reichstag, hatte er die von MARX beeinflusste Bewegung als Gefahr für den von ihm geschaffenen Nationalstaat bezeichnet. Weil sie international und revolutionär sei, die Zusammenarbeit mit den bestehenden Regierungen ablehne und den sozialistischen Volksstaat fordere, sah er *"die Aktion der gegenwärtig herrschenden Staatsgewalt als das einzige Mittel ..., der sozialistischen Bewegung in ihrer gegenwärtigen Verirrung Halt zu gebieten."*[2]

War die Arbeiterschaft, die sich in der "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" zusammengeschlossen hatte, nun wirklich die große Gefahr für den Staat? Um die Frage genauer beantworten zu können, müssen wir die politische Entwicklung des Sozialismus in Deutschland etwas genauer betrachten:

Im Jahre 1848 hatten Karl MARX und Friedrich ENGELS ihr "Manifest der Kommunistischen Partei" veröffentlicht, also **ihre** Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und **ihren** Lösungsweg, den revolutionären Umsturz. Wie aber sollten die Sozialisten, die in die Parlamente der deutschen Länder gewählt wurden, auf die praktischen Herausforderungen antworten? Sollten sie auf den großen Umsturz der Gesellschaft warten oder sollten sie sich im Interesse der Arbeiterschaft für eine pragmatische (= sachbezogene) Zusammenarbeit entscheiden? Sie können sich denken, dass beide Wege beschritten worden sind.

Der ALLGEMEINE DEUTSCHE ARBEITERVEREIN des Ferdinand LASSALLE

Ferdinand LASSALLE gründet 1863 ADAV

Für den einen Weg steht der Name Ferdinand LASSALLE (1825 - 1864). Als radikaler Demokrat war er eine Zeitlang Weggefährte MARX' gewesen, hatte sich aber dann von ihm getrennt, vertrat zeitgenössische Reformideen und beschäftigte sich mit Problemen der Arbeiterschaft. 1863 forderte ihn ein Komitee auf, für einen allgemeinen Arbeiterkongress in Leipzig ein Programm zu entwerfen. Dieses Programm wurde die Gründungsurkunde für den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" (ADAV), also die erste sozialistische Partei auf deutschem Boden. Welche Rolle hatte der Staat bei der Emanzipation der Arbeiter zu spielen? *"Die stützende und fördernde Hand des Staates"* sollte die soziale Selbsthilfe der arbeitenden Klassen unterstützen; LASSALLE stand damit sowohl im Gegensatz zum politischen Liberalismus als auch zum MARXschen Sozialismus. Wie aber sollte der Staat zu seiner sozialen Verpflichtung gegenüber den Arbeitern gezwungen werden? LASSALLEs Antwort lautete: *"Dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die*

gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen, dann und nur dann werden sie auch den Staat bestimmen können, sich dieser Pflicht zu unterziehen."[3] Da die Arbeiter bald die Mehrheit der Bevölkerung bilden würden, würde also ein allgemeines Wahlrecht den Sozialisten auch die Mehrheit in den Parlamenten sichern. Man könnte also den Staat von innen heraus reformieren und so eine sozialistische Gesellschaft allmählich aufbauen. Die Lassallianer, wie man die Mitglieder des ADAV nannte, gewannen zunächst an Bedeutung innerhalb der Arbeiterschaft. LASSALLEs plötzlicher Tod (Duell) führte allerdings zu einer Stagnation dieser Richtung.

Die SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS (Eisenacher Programm)

BEBEL und W. LIEBKNECHT gründen 1869 Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Für den anderen Weg stehen die Namen August BEBEL (1840 - 1913) und Wilhelm LIEBKNECHT (1826 - 1900). Sie waren Anhänger MARX' und vertraten die Ansicht, dass Mitarbeit im Staat die sozialistische Revolution nur hinauszögern würde. Für sie war der Klassenkampf vorrangig; auf ihn richtete man sich (und die Anhänger) ein. 1869 vereinigten sich die radikalen Sozialisten in Eisenach zur "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands". In ihrem Programm hieß es u. a.: *"Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind in höchstem Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen."* Die Kampfansage richtete sich mithin gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, "Klassenprivilegien und Vorrechte" und sah in der Befreiung der Arbeiter *"weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine Aufgabe ..., welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt."*[4]

Die SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (SAP) (Gothaer Programm)

1875 Zusammenschluss beider Parteien in Gotha zur SAP

Der Sozialismus war also um 1870 in zwei Lager gespalten, einen eher reformerischen und einen sozialrevolutionären. Der Zusammenschluß 1875 in Gotha änderte im Grunde an diesen Gegensätzen kaum etwas, wenn auch der Text des Gothaer Programmes äußerlich stärker marxistisch geprägt war. Die unausgeräumten Widersprüche der Arbeiterbewegung waren also eigentlich nicht beseitigt (und blieben es auch noch während der nächsten Jahrzehnte, wie der sog. Revisionismusstreit zeigte).

Bild 7c: "Tivoli" in Gotha, Vereinigungsparteitag der SAP 1875

Die bürgerliche Öffentlichkeit deutete das neue Programm als eine Bedrohung und bezeichnete es als "kommunistisch"; BISMARCK sprach von einer "sozialistischen Doktrin", die den Staat gefährde. Auf die Arbeiterbewegung insgesamt aber wirkte der Gothaer Parteitag beflügelnd und gab ihr neuen Schwung.

Ab 1876 erschien der "Vorwärts", das Zentralorgan der SAP. Die Parteipresse besaß zu dieser Zeit schon mehr als 100 000 Abonnenten, so dass die sozialistischen Ideen sich rasch in der Arbeiterschaft verbreiten konnten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass schon ein Jahr nach der Gothaer Neugründung ein erster Versuch in Preußen unternommen wurde, diese gefährlich-revolutionäre Partei zu verbieten. Der SAP-Vorstand antwortete in einem Aufruf selbstbewusst: "*Es gibt nur eine würdige Antwort auf diesen neuen Gewaltakt der heute in Preußen-Deutschland allmächtigen Reaktion, und diese Antwort ist die doppelte Zahl der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen ... bei der nächsten Reichstagswahl. Also mit vollen Kräften eingetreten in die Wahlagitation..*"

Der Erfolg blieb nicht aus: Trotz staatlicher Repression und vielfältiger Benachteiligung sozialdemokratischer Arbeiter in den Betrieben gewann die SAP 9,1 % aller Stimmen bei den Reichstagswahlen 1877.

4.3.2 Das "GESETZ GEGEN DIE GEMEINGEFÄHRLICHEN BESTREBUNGEN DER SOZIALDEMOKRATIE" (Sozialistengesetz)

BISMARCKs Versuch, nun die sozialdemokratische Presse verbieten zu lassen, scheiterte am Widerstand der Liberalen im Reichstag, die die Karlsbader Beschlüsse von 1819 offenbar noch nicht vergessen hatten (vgl. GesM 5). Da kam dem Reichskanzler der Zufall zur Hilfe. Ein Attentat auf Kaiser WILHELM I. lastete BISMARCK der sozialistischen Partei an und beantragte im Reichstag ein Gesetz, das sich gegen die "gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" richtete. Aber er kam mit seinem Gesetzentwurf nicht durch. Erst als ein zweites Attentat auf Kaiser WILHELM verübt wurde, widersetzte sich der Reichstag nicht mehr und stimmte im Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen dem Gesetzentwurf zu. Er folgte nun BISMARCK, der "*in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt* (hatte), *gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet.*"

Reichstag beschließt 1878 Sozialistengesetz

Die folgenden Auszüge aus dem "**Sozialistengesetz**" zeigen Ihnen dessen Zielrichtung:

Quelle 8

§ 1

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. ...

§ 9

Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. ...

Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

§ 19

Wer eine verbotene Druckschrift ... oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 22

Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurtheilung ... neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden. Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurtheilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden, jedoch in seinem Wohnsitze nur dann, wenn er denselben nicht bereits seit sechs Monaten inne hat.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

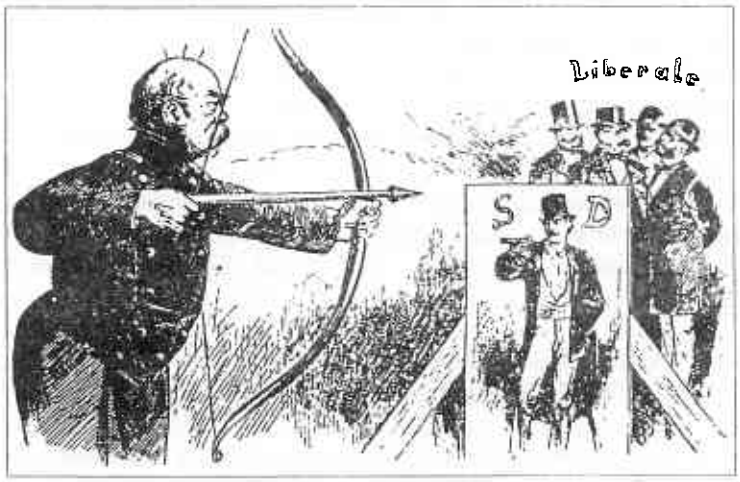


Bild 7d: Bismarck schießt auf die Sozialdemokratie
Karikatur aus dem Jahre 1878

4.3.3 Die Auswirkungen des Sozialistengesetzes

Die staatliche Repression (= Unterdrückung), die jetzt einsetzte, war beispiellos. Binnen weniger Wochen wurde die Parteiorganisation vernichtet, die Parteipresse (42 Zeitungen) fiel dem Verbot zum Opfer. Schwerer aber wogen die Angriffe auf sozialdemokratische Politiker, Parteifunktionäre, Redakteure. Viele von ihnen verloren ihre Existenz, wurden zur Auswanderung gezwungen, in Prozessen verfolgt. August BEBEL nennt in einer Rede aus dem Jahre 1890 im Rückblick auf die Zeit des "Sozialistengesetzes" 1 500 Personen, die ihrer sozialdemokratischen Gesinnung wegen in die Gefängnisse wandern mussten. Das Gesamtmaß der Freiheitsstrafen habe sich, so BEBEL, auf nahe an 1 000 Jahre Gefängnis, darunter eine Anzahl Jahre Zuchthaus, belaufen. Damit nicht genug: Unternehmer unterstützten die staatlichen Repressalien und entließen Arbeiter, wenn sie sozialdemokratischer Gesinnung oder gar Agitation verdächtig waren.

Dreimal, 1881, 1884 und 1887, wurde das "Sozialistengesetz" im Reichstag verlängert. War BISMARCK also der Sieger über die Sozialisten?

Freiherr von BERLEPSCH, von 1884 bis 1889 preußischer Regierungspräsident in Düsseldorf und für die Durchführung dieses Gesetzes verantwortlich, schreibt in seinen Memoiren:

"Wer ... Gelegenheit hatte, die Wirkung des Sozialistengesetzes an Ort und Stelle, in den industriellen Zentren, wie sie der Regierungsbezirk Düsseldorf zahlreich hat, zu beobachten, fand, wie schwer die Unterdrückungen, insbesondere die Ausweisungen auf die Stimmung der Arbeiter, auf ihre Anschauungen von der Gerechtigkeit, von der Fürsorge des Staates für die Schwachen wirkten, wie die verpönten Lehren, statt in der Öffentlichkeit, heimlich verbreitet wurden von Mund zu Mund, von Werkstatt zu Werkstatt, im Wirtshaus und am heimischen Herd. Er fand, daß die Mittel der Gewalt vollständig fehlschlugen, daß sie zwar äußerliche Symptome treffen, aber nicht Gesinnung ausrotten konnten. Erreicht war schließlich nur eine hundertfach gesteigerte Erbitterung der Arbeiterkreise, der Glorienschein des Märtyrers um das Haupt der verfolgten Verführer und die hundertfach gefestigte Überzeugung von der Verwerflichkeit und Unhaltbarkeit der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände."[5]

Das Sozialisten-Gesetz stärkt die Solidarität der Arbeiterschaft

Am deutlichsten aber zeigten die Reichstagswahlergebnisse, dass BISMARCK gescheitert war; denn die Wähler ließen sich nicht von ihrer politischen Überzeugung abbringen. 1878 stimmten 7,6 % der Wähler für die SAP, 1881 6,1 %, also kaum weniger. 1884 stieg der Stimmenanteil auf 9,8 %, 1887 auf 10,1 % und im Jahre 1890, nun allerdings ohne die Beschränkungen des Ausnahmegesetzes, schnellte die Zahl gar auf 19,8 %.

Große Erfolge der SAP bei den Reichstagswahlen

Bild 8:
"Nun mein Kind, drückt dich denn dein Korb nicht sehr?"
Sozialdemokratie:
"O nein, wie Sie sehen, bin ich groß und stark dabei geworden."

In der schon erwähnten Rede aus dem Jahre 1890 beurteilte August BEBEL diese Wahlergebnisse folgendermaßen:

"Ich erkläre indeß schon jetzt, daß die Agitation bei den allgemeinen Wahlen und die Thätigkeit der gewählten Abgeordneten im Reichstage nach meiner Ueberzeugung das allerwesentlichste und wirksamste Agitationsmittel für die großartige Entwicklung der Partei unter dem Sozialistengesetz gewesen sind. (Sehr richtig!) Wäre uns unter dem Gesetz auch die Reichstagstribüne verschlossen und die Ausübung des Stimmrechtes unmöglich gemacht worden, wir hätten kein Mittel besessen, auch nur annähernd festzustellen, in welcher Art und Gestalt die Partei sich entwickelt hatte und fortgeschritten war, wir hätten nicht entfernt unsere Agitation so ausgiebig, wie geschehen, entfalten können."[6]

BEBELS Analyse über die Auswirkungen des Sozialistengesetzes

4.3.4 Die Sozialversicherungsgesetze von 1883 - 1889

BISMARCK wäre ein schlechter Politiker gewesen, wenn er die verfehlten Ziele des "Sozialistengesetzes" nicht auch bemerkt hätte. Dennoch hat er diese Linie seiner Politik konsequent verfolgt. War er deswegen auch der "Sozialen Frage" gegenüber taub? Sah er nicht das Elend der Arbeiter, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen? Wir wissen, dass er schon 1871 nicht nur mit staatlicher Gewalt

BISMARCK zur Sozialen Frage

gegen die sozialistische Bewegung hat vorgehen wollen. Ihm war auch klar, *"daß man realisiert, was in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und* ***in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung*** *verwirklicht werden kann."* Ausdrücklich erwähnte er *"die brennendsten Fragen von Arbeitszeit und Arbeitslohn, Wohnungsnot u. dgl.".*[7]

Unter seinen Zuhörern am 17. November 1881 waren auch zwölf sozialdemokratische Abgeordnete, als BISMARCK sein Regierungsprogramm in Form einer "Kaiserlichen Botschaft" dem Reichstag vortrug:

Die Kaiserliche Botschaft von 1881 kündigt sozialpolitisches Programm an

"Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Kaiser, König von Preußen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen: (...) Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der socialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen. —"[8]

In diesen uns heute recht pathetisch vorkommenden Worten verbarg sich ein sozialpolitisches Programm. *"Dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens"* zu hinterlassen, hieß nichts anderes, als dass der 84 Jahre alte Kaiser die Arbeiterschaft aus ihrer ablehnenden Distanz lösen und in den Staat hineinführen wollte. Aber noch deutlicher wurde die "Doppelstrategie", wie man heute vielleicht sagen würde, mit der BISMARCK vorgehen wollte: Kampf gegen die sozialistische Ideologie, zugleich aber Anerkennung der Verpflichtung staatlicher Fürsorge für den einzelnen Arbeiter. Drei Jahre später hat BISMARCK vor dem Reichstag seine Position noch deutlicher formuliert:

BISMARCKS "Doppelstrategie"

BISMARCK begründet vor dem Reichstag die Sozialversicherungsgesetze

"Meiner Meinung nach liegt der Sieg über die lügenhaften Versprechungen und schwindelhaften Ideen, mit welchen die Führer der Sozialdemokratie die Arbeitermassen ködern, namentlich in dem tatkräftigen Beweise, daß der Staat oder wie bei uns der König, zu dessen dynastischer Tradition es zudem gehört, sich der wirtschaftlich Schwachen und Bedrängten annimmt. Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann ... Die sozialpolitische Bedeutung einer allgemeinen Versicherung der Besitzlosen erscheint mir unermeßlich; es gilt in der großen Masse der Besitzlosen eine konservative Gesinnung zu erzeugen, welche das Gefühl der Pensionsberechtigung mit sich bringt. Warum sollte der Soldat der Arbeit nicht eine Pension haben wie der Soldat oder der Beamte? Das ist Staatssozialismus, das ist praktisches Christentum in gesetzlicher Betätigung."[9]

Sie werden sich also nicht wundern, dass die SPD der Sozialgesetzgebung ablehnend gegenübertrat, auch wenn viele Arbeiter die Vorteile der Sozialversicherung sehr wohl erkannten. Aber BISMARCKs Pläne fanden auch bei den Liberalen keine Gnade, die in einem solchen Gesetzeswerk die Gefahr eines übermächtigen Staates vermuteten. So hat BISMARCK vor allem mit den Konservativen im Reichstag die folgenden Gesetze erkämpft:

1883 Gesetzliche Arbeiterkrankenversicherung
1884 Unfallversicherung
1889 Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter

Die gesetzliche Krankenversicherung vereinheitlichte ein unübersichtliches Gestrüpp verschiedener berufsständischer Kassen und unterwarf auch jene Arbeiter dem Versicherungszwang, die bisher keiner Kasse angehört hatten. Zwei Drittel der Beiträge von 2 - 3 % der Lohnsumme trugen die Versicherten, ein Drittel kam vom Arbeitgeber.

Die Unfallversicherung machte die Unternehmer für alle Arbeitsunfälle, die sich in ihren Betrieben ereigneten, haftbar. Diese Versicherung wurde daher auch ausschließlich durch die Unternehmerbeiträge finanziert.

Bild 9:
Die deutsche Sozialversicherung steht in der ganzen Welt vorbildlich und unerreicht dar - zeitgenössische Darstellung

Die Invaliditäts- und Altersversicherung galt für gewerbliche sowie Land- und Forstarbeiter. Anfangs war 1 % der Lohnsumme zu zahlen, zu gleichen Teilen von Versicherten und Arbeitgebern[9a].

[9a] Die Arbeitslosenversicherung, die Sie in der Aufstellung der Sozialversicherungen wahrscheinlich vermisst haben, wurde erst im Juli 1927 vom Reichstag beschlossen. Wer sich allgemein über die Geschichte der Sozialversicherungen, speziell über die Entstehung der Arbeitslosenversicherung informieren will, dem sei folgendes Buch empfohlen:
Führer, Karl-Heinz: Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902-1927
(610 S.) Berlin 1990

4.3.5 War BISMARCK ein Sozialreformer?

BISMARCK kein Sozialreformer

Die Sozialversicherung war also unverkennbar eine Antwort des Staates auf die Industrialisierung, auf die soziale Frage und die Arbeiterbewegung. Aber es wäre verkehrt, wollte man die Motive beschönigen. Die BISMARCKsche Sozialpolitik ist, wie ein enger Mitarbeiter des Reichskanzlers selbst gesagt hat, in der Tat nicht aus Liebe, sondern aus Furcht geboren worden. BISMARCK war kein Sozialreformer. Sein Ziel war die Stabilisierung des Staates und seiner inneren Ordnung. Fragen wir also abschließend, ob der Reichskanzler mit diesem Teil seiner Politik ebenso wie mit dem Sozialistengesetz gescheitert ist.

Arbeiterbewegung bleibt dem BISMARCK-Staat gegenüber abwartend

Die Tatsache, daß die BISMARCKsche Sozialgesetzgebung auch heute noch den Kern unserer sozialen Sicherung ausmacht, spricht für die Tragfähigkeit dieser Politik. Durch die Erweiterung der sozialstaatlichen Aufgaben auf die Angestellten ab 1900 verbreiterte sich die schützende und sozial befriedende Wirkung der Gesetze. Da auch die Sozialdemokratie den Weg in Richtung auf den Wilhelminischen Staat ging (wir werden davon noch hören) und ihre fundamentale Kritik abschwächte, ist abschließend festzuhalten:

Während seiner Kanzlerschaft hat BISMARCK nicht die Früchte der Sozialgesetzgebung ernten können. Langfristig hat sich diese Politik als Säule staatlicher Sozialpolitik überhaupt erwiesen. Der Konflikt aber zwischen Staat und Arbeiterbewegung fand zu BISMARCKs Zeit keine befriedigende Lösung.

III. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

1. In Abschnitt 4.2 und im Anhang von GesM 6b ("Fachbegriffe zum Nachschlagen") finden Sie Informationen zum Begriff "Kulturkampf". Erläutern Sie kurz,

   a) warum es zum Kulturkampf kam und

   b) warum er 1878 von BISMARCK abgebrochen wurde!

2. Welche politische Zielsetzung verfolgten die "Lassallianer", welche die "Bebelianer"?

3. Ergänzen Sie die Lücken im Text:

   Ferdinand LASSALLE gründete 1863 den _____ _____. 1869 wurde in Eisenach von _____ und _____ die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gegründet. 1875 kam es in _____ zur Vereinigung. Die neue Partei hieß nun _____. Der Reichstag beschloss im Jahre _____ ein Ausnahmegesetz; offiziell hieß es _____ _____; verkürzt wurde es _____ _____ genannt. Trotz der vielfältigen Unterdrückungsmethoden stieg der Stimmenanteil der SAP bei den Reichstagswahlen bis 1887 auf ca. ____ %.

Zwischen _____ und _____ beschließt der Reichstag für Arbeiter vier Sozialversicherungsgesetze:

_____

4.4 Das Deutsche Reich als neuer Faktor der europäischen Politik: BISMARCKs Bündnispolitik zwischen Krisenmanagement und Sicherung des europäischen Friedens

4.4.1 Einführung in die Thematik

Mit der Reichsgründung war ein neuer Machtfaktor der europäischen Politik entstanden. Würde es BISMARCK gelingen, dem Deutschen Reich einen dauerhaften Platz in der europäischen Staatenwelt zu verschaffen und zu sichern? Wie würden sich die etablierten Großmächte dem neuen Staat gegenüber verhalten? Am Ende dieses Kapitels sollen Sie diese Fragen beantworten können; Sie sollen aber auch entscheiden, ob die BISMARCKsche Außenpolitik ihre Ziele erreicht hat, ob sie also erfolgreich gewesen ist. Aber nach welchem Maßstab werden Sie antworten? Genügt es, wenn Sie zu der Feststellung kommen, dass BISMARCK **seine** Ziele erreicht hat? Oder müssen wir heute fragen: War BISMARCKs Außenpolitik geeignet, den **europäischen Frieden** durch eine Politik des gerechten Interessenausgleiches zwischen allen Mächten Europas zu sichern?

Nach welchen Maßstäben wird BISMARCKs Außenpolitik beurteilt?

4.4.2 Die Ausgangslage 1871

Wenn Sie sich die Frage stellen, wann es zuletzt eine **deutsche** Außenpolitik gegeben hat, werden Sie wahrscheinlich zu keiner raschen Antwort kommen. Aber so, wie es uns heute geht, ging es 1871 auch den Staatsmännern Europas. Das neue Deutsche Reich, die zu spät gekommene Nation, war ein irritierender Faktor der internationalen Politik. Würde BISMARCK als Reichskanzler seine den militärischen Konflikt nicht scheuende Außenpolitik fortsetzen? Das wäre kaum ermutigend gewesen; denn die Kriege von 1864, 1866 und 1870 (vgl. GesM 5) hatten Preußens Machtpolitik und Expansionsdrang nur zu deutlich gemacht. Dänemark, Österreich und vor allem Frankreich hatten diese Politik zu spüren bekommen. Unbehagen und Mißtrauen waren gegenüber der künftigen Außenpolitik weit verbreitet und beschränkten sich durchaus nicht auf Frankreich, das mit seiner Niederlage von 1870 außenpolitisch gedemütigt worden war.

Gehen wir zunächst der Frage nach, wie sich aus BISMARCKs Sicht die Gesamtlage Europas 1871 darstellte. Dazu empfiehlt es sich, Tabelle 6 (S. 40) zu studieren. Sie finden dort das Deutsche Reich und die traditionellen europäischen Großmächte Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien und Russland und, neben dieser Europa beherrschenden Fünfergruppe (Pentarchie genannt), Italien, das erst 1861 seine staatliche Einheit gefunden hatte. Schon die Angaben über die Bevölkerungszahlen und die Staatsfläche zeigen Ihnen, mit welchen Größenordnungen BISMARCK zu kalkulieren hatte; in Kapitel 2 haben Sie bereits etwas über die Wirtschaftskraft erfahren.

Tabelle 6: Fläche und Bevölkerungszahlen der europäischen Großmächte um 1871

	Deutsches Reich	Österreich-Ungarn	Frankreich	Italien	Großbritannien	Rußland
Fläche des Staatsgebietes	544 902 km²	624 045 km²	528 577 km²	296 305 km²	315 552 km²	21,73 Mio km² Europäischer Teil allein: 5,86 Mio km²
Deutsches Reich als Index = 100	100 %	115 %	97 %	54 %	58 %	1 075 % (= europäischer Teil)
Bevölkerung	41,1 Mio	35,9 Mio	36,1 Mio	26,8 Mio	31,6 Mio	86,6 Mio Europäischer Teil allein: 78,5 Mio
Deutsches Reich als Index = 100	100 %	87 %	88 %	65 %	77 %	191 % (= europäischer Teil)

Der deutsch-französische Gegensatz

Ganz selbstverständlich war für ihn, daß der **deutsch-französische Gegensatz** andauern würde. Dass Frankreich eine Republik geworden war, sah er vor allem deswegen mit Interesse, weil dadurch Frankreichs Chancen, in einem monarchisch geprägten Europa Bündnispartner zu finden, schlechter standen. Die außenpolitische Isolierung Frankreichs war also ein zentrales Ziel; denn um Revanche für die Niederlage von 1870 und den Verlust Elsass-Lothringens zu nehmen, würde sich Frankreich Bündnispartner suchen müssen. Dies galt es zu verhindern.

Deutsch-russische Beziehungen freundschaftlich

Russlands wohlwollende Neutralität zwischen 1864 und 1871 hatte die Reichsgründung außenpolitisch abgesichert. Darauf wollte BISMARCK auch künftig bauen. Allerdings war die russische Gesellschaft durch Bildung und Tradition Frankreich zugeneigt und von dem deutschen Sieg alles andere als begeistert. Der Panslawismus (Sie werden davon in Kapitel 5.3 noch genauer hören) hatte zudem eine deutschfeindliche Spitze. Hiergegen waren der Zar und seine Berater deutschfreundlich. Eine feste Größe bei der Einschätzung der russischen Außenpolitik war der englisch-russische Gegensatz; außerdem verschärfte sich der Gegensatz zu Österreich wegen konkurrierender Ansprüche auf Teile des Osmanischen Reiches auf dem Balkan.

Deutsch-englische Beziehungen ohne Belastungen

BISMARCK wusste, dass **Großbritannien** dem neuen Reich mit besonderer Skepsis begegnete. Dort sah man mit der Reichsgründung das europäische Gleichgewicht ("balance of power") gestört zum Nachteil Englands. Ihm war bewusst, dass weitere territoriale Erwerbungen Deutschlands auf dem Kontinent nicht hingenommen würden. Auf der anderen Seite konnte er davon ausgehen, dass England mit Russland und Frankreich wegen kolonialer Interessengegensätze kaum Bündnisse eingehen und seine Handlungsfreiheit bewahren werde. Als unangefochtene Seemacht war England die entscheidende europäische Großmacht. Wenn er folglich Englands Politik der "splendid isolation" (= vornehme Zurückhaltung) respektierte und nicht als Konkurrent bei dem Erwerb von Kolonien auftrat, war Großbritannien aller Voraussicht nach keine Gefahr für Deutschland, aber auch kein Bündnispartner.

Während BISMARCK **Italien**, das weder direkte Grenzen noch politische Konflikte mit dem Deutschen Reich hatte, vorerst aus seinen Überlegungen ausklammern konnte, war die Doppelmonarchie **Österreich-Ungarn** von besonderer Bedeutung. Zwar konnten sich dort die gegen Preußen gerichteten Revanchegedanken nach der Niederlage von 1866 nicht politisch durchsetzen, dennoch musste BISMARCK diesen Staat, der sowohl an Russland und Italien wie an das Deutsche Reich grenzte, besonders sorgfältig in sein Kalkül einbeziehen.

Österreich - wichtigster Nachbarstaat

Österreich war nämlich in zunehmende Interessenkonflikte verwickelt: Die italienischen Nationalisten forderten mit dem Schlagwort "Italia irredenta" (= unerlöstes Italien) die österreichischen Provinzen **Südtirol** und **Triest**. Russlands und Österreichs Interessen überschnitten sich auf den **Balkan.** Dieser nördlichste Teil des zerfallenden Osmanischen Reiches war für die russischen Panslawisten ebenso wichtig wie für die tonangebenden Politiker in Wien, die in den türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina eine natürliche Ausweitung des österreichischen Territoriums sahen. Der Balkan war also Verfügungsmasse für die Expansionspolitik Russlands wie Österreichs, rief damit aber gleichzeitig auch Großbritannien auf den Plan, das kein Interesse daran haben konnte, wenn Russland das Mittelmeer mit seiner Schwarzmeerflotte erreichen und den Suez-Kanal bedrohen konnte. Der Balkan nötigte also BISMARCK besondere Überlegungen ab.

Beziehungen Österreichs zu Italien und Russland konfliktträchtig

4.4.3 Vom Drei-Kaiser-Abkommen bis zum Berliner Kongress

In der Rückschau hat BISMARCK seine Konsequenzen, die er aus dieser Analyse gezogen hat, so formuliert:

"Dem Vorteil, welcher der deutschen Politik ihre Freiheit von direkten Interessen auf dem Balkan gewährt, steht der Nachteil der zentralen und exponierten (= hervorgehobenen) Lage des Deutschen Reiches mit seinen ausgedehnten Verteidigungsfronten nach allen Seiten hin und die Leichtigkeit antideutscher Koalitionen gegenüber. Dabei ist Deutschland vielleicht die einzige große Macht in Europa, welche durch keine Ziele, die nur durch siegreiche Kriege zu erreichen wären, in Versuchung geführt wird. Unser Interesse ist, den Frieden zu erhalten. Dementsprechend müssen wir unsere Politik einrichten, das heißt, den Krieg nach Möglichkeit hindern oder einschränken, uns in dem europäischen Kartenspiele die Hinterhand wahren und uns durch keine Provokationen drängen lassen."[10)]

Bismarcks außenpolitisches Konzept

Prüfen wir nun, wie BISMARCK seine Ziele erreicht hat. Sie werden nach der Analyse der europäischen Gesamtlage überrascht sein zu erfahren, dass es BISMARCK trotz der österreichisch-russischen Gegensätze 1873 gelang, zwischen Zar ALEXANDER, Kaiser FRANZ JOSEPH und Kaiser WILHELM das "Drei-Kaiser-Abkommen" zu vermitteln. Er griff geschickt auf das Prinzip der monarchischen Solidarität zurück und konnte damit die Gegensätze, die zwischen Russland und Österreich vorhanden waren, überbrücken. Entscheidend an diesem Konsultativpakt (= Beratung) waren weniger die einzelnen Artikel als der Geist, der in der Präambel (= Vorwort) deutlich wurde. Im *"unmittelbaren und persönlichen Einvernehmen"* , wie es dort hieß, *"zwischen den Souveränen ... unabhängig vom etwaigen Wechsel innerhalb ihrer Regierungen"* lag tatsächlich der eigentliche politische Wert dieses Abkommens. Die Interessengegensätze blieben davon unberührt. BISMARCK hat 1878 in einer Reichstagsrede den Wert dieses Abkommens so beschrieben: Es *"beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen."*[11)]

1873 "Drei-Kaiser-Abkommen"

BISMARCK war also realistisch genug, die Grenzen dieses ersten Abkommens von 1873 zu erkennen. Dennoch hat es im Vorfeld des russisch-türkischen Krieges eine Rolle gespielt; denn 1876 sicherte Österreich Russland Neutralität im Falle eines Krieges mit der Türkei zu und erhielt dafür von Russland die Zustimmung, Bosnien und Herzegowina zu besetzen. BISMARCK sah voraus, dass Russland versuchen würde, auch Deutschland zu einer Parteinahme für die russische Seite zu gewinnen; aber er entzog sich diesen Bemühungen entschieden, obwohl die russische Diplomatie dies von ihm erwartete und die öffentliche Meinung von ihm forderte.

Das gute Einvernehmen mit allen europäischen Großmächten war ihm wichtiger. Völlig unsentimental schrieb er: *"Die ganze Türkei mit Einrechnung der verschiedenen Stämme ihrer Bewohner ist als politische Institution nicht so viel wert, daß sich die zivilisierten europäischen Völker um ihretwillen in großen Kriegen gegenseitig zugrunde richten sollten."*[12]

Bild 10: Der Balkan nach dem Berliner Kongress

1877 russisch-türkischer Krieg

Im April 1877 erklärte Russland der Türkei den Krieg. Im Juni desselben Jahres führte BISMARCK aus, wie er diese Situation für Deutschland einschätzte. In Bad Kissingen diktierte er, was ihm vorschwebte: *"nicht (das Bild) irgend eines Ländererwerbes, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden."*[13]

Diese Situation trat sehr rasch ein. Im Frieden von San Stefano im März 1878 hatte Russland die Türkei in die Knie gezwungen. Aber dieser Diktatfrieden rief die am Orient interessierten Mächte England und Österreich auf den Plan, die nicht zulassen wollten, dass Russland die Türkei fast ganz aus dem Balkan verdrängte. In dieser Lage (es drohte ein europäischer Krieg) schlug Russland nicht ohne Hintergedanken vor, eine internationale Konferenz nach Berlin einzuberufen. Im Juni und Juli 1878 tagte der "Berliner Kongreß" unter BISMARCKs Vorsitz.

1878 Berliner Kongress: BISMARCK als "ehrlicher Makler"

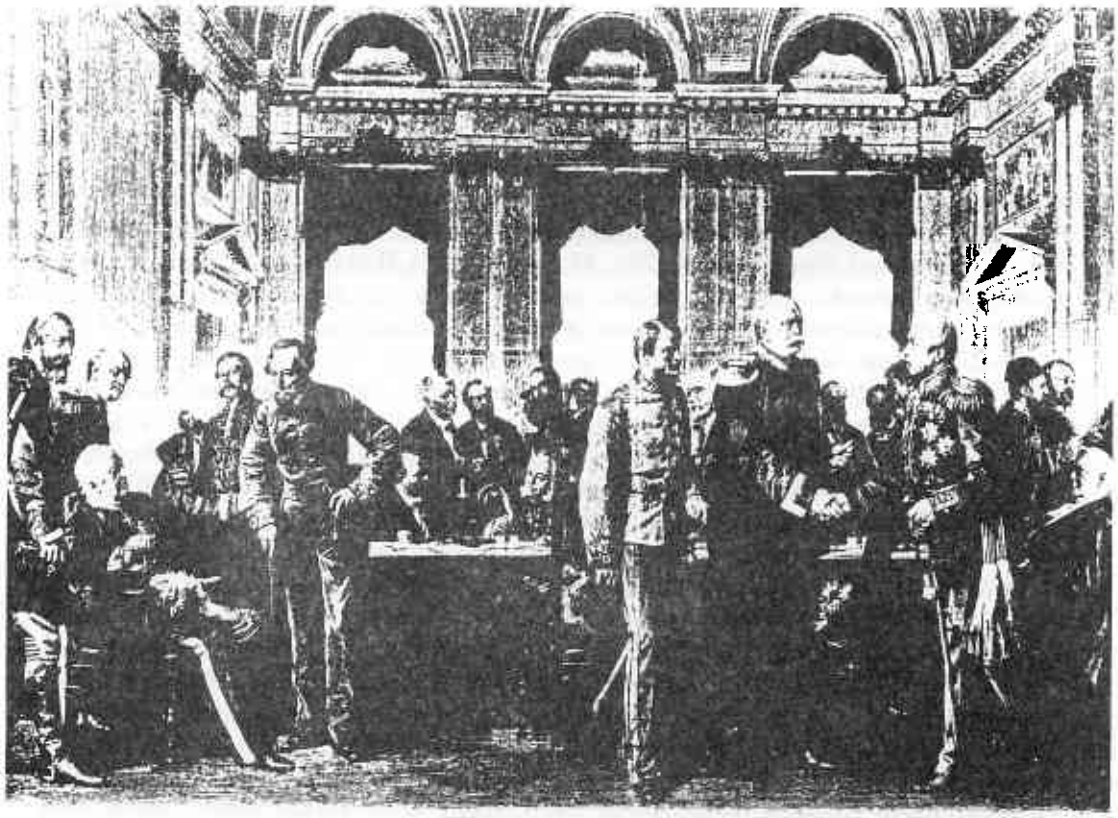


Bild 11: BISMARCK auf dem Berliner Kongress 1878 (nach einem Gemälde von Anton von Werner)

Im Reichstag führte BISMARCK aus, wie er seine Rolle auf dem Kongress verstand: *"Die Vermittlung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: So soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches, sondern ich denke sie mir bescheidener, ja ... mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustandebringen will. ..."*[14] Es gelang BISMARCK tatsächlich, durch geschickte Verhandlungsführung einen Ausgleich der russischen, englischen und österreichischen Interessen herbeizuführen. England sicherte sich das Besatzungsrecht auf Zypern und gewann so einen wichtigen Flottenstützpunkt im östlichen Mittelmeer. Österreich durfte nun Bosnien und Herzegowina besetzen; Rumänien, Serbien und Montenegro wurden selbständige Staaten. Russland erhielt große Gebiete im asiatischen Teil der Türkei und Bessarabien (vgl. dazu Putzger-Geschichtsatlas). Trotzdem empfand Russland dieses Resultat als Niederlage und machte BISMARCK dafür haftbar. Verbittert schrieb Zar ALEXANDER 1879 an Kaiser WILHELM: *"Ich begreife durchaus, daß Sie wert darauf legen, Ihre guten Beziehungen zu Österreich aufrecht zu erhalten, aber ich begreife nicht, welches Interesse Deutschland hat, dasjenige Rußlands zu opfern."*[15]

War der Berliner Kongress, der zu einem europäischen Interessenausgleich auf dem Balkan geführt hatte, aus deutscher Sicht ein Misserfolg? Sicher ist, dass das internationale Ansehen des Deutschen Reiches und vor allem BISMARCKs Prestige stark stiegen. Die Rolle des "ehrlichen Maklers" wurde akzeptiert; Deutschland war spätestens jetzt anerkanntes Mitglied in der europäischen Völkerfamilie. Aber wie stand es mit der Angst vor Bündnissen gegen Deutschland? War das Drei-Kaiser-Abkommen von 1873 noch tragfähig? Oder würde es nun zu einem Ausbau der russisch-französischen Beziehungen kommen, die BISMARCK vor allem fürchten musste?

4.4.4 BISMARCKs Bündnissystem zwischen 1879 und 1890

Der Berliner Kongress hatte außenpolitische Folgen: Großbritanniens Vorbehalte gegenüber Deutschland wurden geringer; es kam zu einer diplomatischen Annäherung. Der britische Premierminister traute jetzt BISMARCKs Versicherung, das Deutsche Reich sei "saturiert" (= gesättigt) und stellte fest, es gäbe keine zwei Staaten, die so wenig Rivalitäten und so viele Gemeinsamkeiten hätten wie England und Deutschland. Zar ALEXANDERs Brief vom August 1879, der schon zitiert wurde, spiegelte wider, wie sehr sich die russisch-deutschen Beziehungen verschlechtert hatten. So ist es zwar überraschend, zugleich aber auch folgerichtig, dass sich schon zwölf Tage nach diesem "Ohrfeigenbrief" des Zaren BISMARCK und der österreichische Außenminister auf ein deutsch-österreichisches Bündnis geeinigt hatten. Im Oktober 1879 konnte der geheime **Zweibund** zwischen beiden Staaten abgeschlossen werden. Er war ein Defensivbündnis und verpflichtete die Partner zu gegenseitiger militärischer Hilfe, falls einer von ihnen von Russland angegriffen würde. Bei einem Angriff durch eine andere Macht sicherten sich beide Staaten wohlwollende Neutralität zu; falls nur Frankreich Deutschland angreifen würde, war Österreich nicht zur Hilfeleistung verpflichtet. Der Zweibund war also für Österreich günstiger, aber BISMARCK fand sich damit ab, weil er nicht mit einem Angriff Frankreichs rechnete. Gefährlich wurde ein französischer Angriff mit russischer Rückendeckung; in diesem Falle musste Österreich vertragsgemäß zur Hilfe kommen.

Deutschland und Österreich schließen 1879 geheimen "Zweibund"

Wie ist der Zweibund zu bewerten? Für sich genommen musste dieses Bündnis die befürchtete russisch-französische Verbindung eher vorantreiben, stand also im Gegensatz zu den Grundlinien der BISMARCKschen Politik. Allerdings darf man den Zweibund nicht isoliert betrachten. Er war, wie ein Historiker geschrieben hat, für die BISMARCKsche Außenpolitik "die letzte Rückzugslinie" und bildete die Grundlage eines weiter auszubauenden Vertragswerkes.

Noch 1879 bemühte sich BISMARCK darum, von England Zusagen für den Fall eines russisch-deutschen Krieges zu bekommen. Die englische Antwort fiel unbefriedigend aus. Russland aber erkannte, dass der Zweibund die strategische Lage sehr zu seinen Ungunsten verändert hatte. Westrussland (das "Königreich Polen") konnte nun militärisch von Berlin und Wien aus in die Zange genommen werden, wie ein Blick in den Geschichtsatlas verdeutlicht. Diese militärische Verletzbarkeit veranlasste Petersburg dazu, erneut an die alten Vertragsbindungen zum Deutschen und Habsburger Reich anzuknüpfen. Dies war BISMARCK sehr recht. Er formulierte 1880: *"In erster Linie ist das Ziel unserer Politik die Erhaltung des Friedens überhaupt; ... Besonders aber verlangt unser Interesse die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland; denn der Bruch zwischen diesen unseren Nachbarstaaten wird uns immer in die Verlegenheit bringen, früher oder später zwischen beiden optieren (= wählen) zu müssen, auch wenn für uns kein casus foederis (= Bündnisfall) vorliegt."*[16)]

So kam es nach langwierigen Verhandlungen im Juni 1881 zum **Drei-Kaiser-Vertrag** (in anderen Büchern auch "Drei-Kaiser-Bündnis" genannt). Er führte zu einer Abgrenzung der russisch-österreichischen Balkaninteressen. Vor allem aber vereinbarten die drei Staaten wohlwollende Neutralität im Falle eines Krieges mit einer vierten Macht. Es war also BISMARCK gelungen, Zar ALEXANDER III. zu einem Neutralitätsabkommen mit Deutschland und Österreich zu bewegen. Die Gefahr eines Zweifrontenkrieges war erneut abgewendet.

1881 "Drei-Kaiser-Vertrag"

Als neues Krisengebiet trat nun der Mittelmeerraum in das Blickfeld der europäischen Großmächte: England hatte Zypern 1878 hinzugewonnen und wollte sich endgültig Ägypten einverleiben, das formell noch zum Osmanischen Reich gehörte. Frankreichs Interessen richteten sich auf Tunis und kollidierten deswegen mit Italien, das seinerseits dort Ansprüche erhob. BISMARCK unterstützte Frankreich, wollte er doch, dass sich die französische Außenpolitik auf Nordafrika konzentrierte und so Elsass-Lothringen endlich vergessen würde. Italien ging bei dem Streit um Tunesien leer aus. Dies führte zu einer Umorientierung der italienischen Politik, die nun in Frankreich den gefährlicheren Konkurrenten sah. Im Mai 1882 kam es zum Abschluss des **Dreibundes** zwischen Deutschland, Österreich und Italien, einem Defensivbündnis, das bei einem französischen Angriff die Bündnispartner zu gegenseitiger Hilfe verpflichtete.

1882 "Dreibund" zwischen Deutschland, Österreich und Italien

Stellen wir auch jetzt wieder die Frage nach dem Wert dieses Bündnisses! BISMARCK sah im Dreibund keine militärische Verstärkung des Zweibundes, wohl aber eine Sicherung Österreichs gegen italienischen Forderungen auf Südtirol und Triest. Außerdem hielt seiner Ansicht nach der Dreibund Österreich die Flanke frei gegenüber Russland.

1886 erlosch die friedenssichernde Wirkung des Drei-Kaiser-Vertrages. Der Interessenausgleich, den Russland und Österreich für den Balkan gefunden hatten, zerbrach nämlich in dem bulgarisch-serbischen Krieg, und daher war an eine Verlängerung dieses Vertrages, die für 1887 anstand, nicht zu denken. Da sich in Frankreich erneut die Anhänger des Revanchekrieges gegen Deutschland durchgesetzt hatten, sah BISMARCK die Gefahr eines aufziehenden Zweifrontenkrieges, in dem Deutschland zerrieben wird.

"Drei-Kaiser-Vertrag" wird 1887 nicht verlängert

Welche Maßnahmen ergriff BISMARCK gegen diese Bedrohung? Zunächst schien es ihm unerlässlich, England an den Dreibund heranzuführen. Dies war möglich, weil Russlands Hegemonialstellung (= Vormacht) auf dem Balkan Englands Mittelmeerinteressen direkt berührte. England war nun bereit, in einem streng geheimen **Mittelmeerabkommen** mit Italien und Österreich 1887 den status quo (= jetzigen Zustand) vertraglich abzusichern. Das Deutsche Reich war nur indirekt am Mittelmeerabkommen beteiligt. England war also Deutschland nähergerückt, Deutschland vertraglich aber nicht in die Balkanfrage verwickelt.

Mittelmeerabkommen 1887 zwischen Italien, Österreich und England

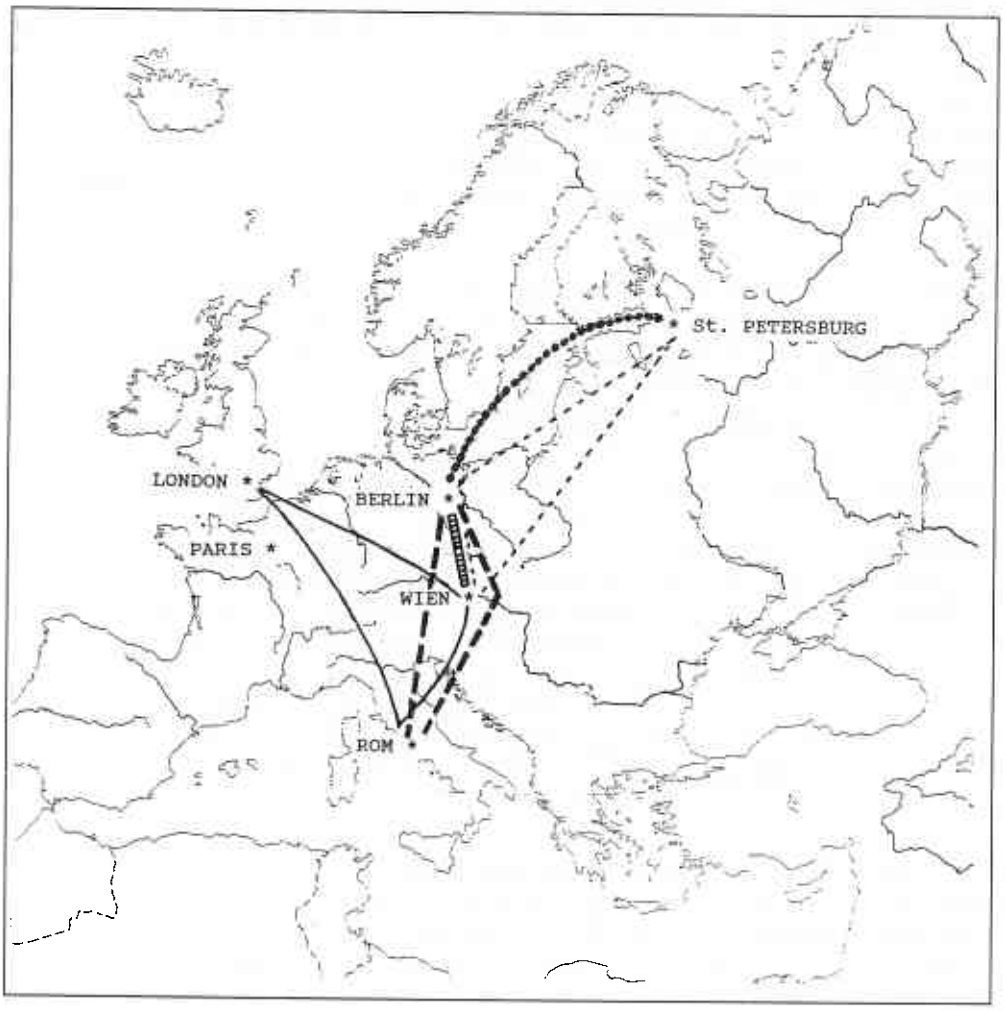
Englands Interesse am Mittelmeerabkommen musste, das war BISMARCK klar, erlöschen, sobald Russland seine aggressive Balkanpolitik abbrach; denn dann war ja die britische Vorherrschaft im Mittelmeer nicht mehr in Gefahr. Also durfte "der Draht nach Petersburg", an dem BISMARCK immer so viel gelegen war, trotz des russisch-österreichischen Zerwürfnisses nicht abreißen. Russland durfte sich außenpolitisch nicht isoliert fühlen oder gar geschwächt werden. Daher war es ihm sehr recht, als Russland als Ersatz für den auslaufenden Drei-Kaiser-Vertrag ein Sonderabkommen mit Deutschland wünschte. Dieser geheime Vertrag vom Juni 1887 ist als **"Rückversicherungsvertrag"** in die Geschichte eingegangen. Er bestand eigentlich aus zwei Verträgen. Der erste war durchaus defensiv: Er sicherte beiden Vertragspartnern die wohlwollende Neutralität zu, wenn sie sich mit einer dritten Großmacht im Kriege befinden sollten. In Bezug auf einen deutsch-französischen und österreichisch-russischen Krieg galt die

1887 schließen Russland und Deutschland "Rückversicherungsvertrag"

Neutralität allerdings nur bei einem unprovozierten Angriff. Im "ganz geheimen" zweiten Vertragsteil wurde festgelegt, dass Deutschland Russlands Bulgarien-Politik unterstützen werde. Außerdem wollte Deutschland Russlands Politik in Richtung auf die Meerengen am Bosporus unterstützen.

Sie werden sich verwundert fragen, wieso BISMARCK diesen Vertrag abschließen konnte. Er stand doch offensichtlich im Widerspruch zum Mittelmeerabkommen (dort war ja gerade der status quo auch für die Meerengen geregelt worden) und er widersprach auch dem Zweibund, der die deutsch-österreichischen Bündnisverpflichtungen geregelt hatte.

Wie lassen sich die offenkundigen Widersprüche erklären? Diese Frage ist in der Forschung auch heute noch nicht endgültig entschieden. BISMARCK selbst hat im August 1888 den auf drei Jahre befristeten Vertrag als ein *"mit unseren österreichisch-italienischen Verpflichtungen konkurrierendes und unter gewissen Konstellationen deshalb schwieriges Verhältnis"* bezeichnet. Im Interesse der Friedenssicherung schien dem Reichskanzler also der Widerspruch, der auch als Täuschung bezeichnet werden kann, zulässig zu sein.



ZWEIBUND seit 1879
DREIBUND seit 1882
DREI-KAISER-VERTRAG 1881-1887
MITTELMEERABKOMMEN 1887
RÜCKVERSICHERUNGSVERTRAG 1887-1890

Bild 12: Das Bismarcksche Bündnissystem in geographischer Darstellung

4.5 BISMARCKs Entlassung - eine neue Ära kündigt sich an

1888 war vor allem innenpolitisch bedeutsam. In diesem "Drei-Kaiser-Jahr" starb WILHELM I. und drei Monate später auch dessen Sohn, Kaiser FRIEDRICH III., so dass der Enkel des alten Kaisers, WILHELM II., 29 Jahre alt, den Thron bestieg. "Sein" Kanzler war 73 Jahre alt.

1888 "Drei Kaiser-Jahr"

BISMARCK versuchte auch unter dem neuen Kaiser, seine Politik fortzusetzen. 1889 zeichnete sich erneut die Gefahr eines französisch-russischen Bündnisses ab, und er wollte dieser Gefahr mit einem britisch-deutschen Verteidigungsbündnis begegnen. Diese Ansätze wurden von England behutsam, aber entschieden abgelehnt. BISMARCK erkannte den eigentlichen Grund rasch: England brauchte aus der eigenen politischen Einschätzung Deutschland zur Zeit nicht.

Die Entlassung BISMARCKs 1890 beendete eine Ära deutscher Außenpolitik.

Die Reichsverfassung von 1871 hatte den Reichskanzler unabhängig vom Reichstag gemacht, aber dessen politische Abhängigkeit vom Kaiser verankert - so hatte es BISMARCK selbst gewollt. Kaum zwei Jahre nach dem Regierungsantritt Kaiser WILHELMs II. wandte sich das "monarchische Prinzip" gegen ihn selbst. Aus heutiger Sicht ist der Anlass, der im März 1890 zu seiner Entlassung führte, nicht mehr wichtig. Ein Brief, den Kaiser WILHELM II. 1898, im Todesjahr BISMARCKs, an seine Mutter schrieb, verdeutlicht aber den Konflikt: *"Europa und die Welt horcht auf, um zu hören, 'was sagt und was denkt der Deutsche Kaiser?', und nicht, was ist der Wille seines Kanzlers!"*

1890 Entlassung Bismarcks

Der Kampf zwischen dem alten Reichskanzler, der auch unter dem neuen Monarchen seine Machtstellung behaupten wollte, und dem jungen Kaiser, der nach einem "persönlichen Regiment" lechzte, wurde also entschieden, wie es die Verfassung wollte. Voller Bitterkeit schrieb BISMARCK in sein Entlassungsgesuch vom 18. März 1890: *"Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Eurer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, dass es Eurer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Eure Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem öffentlichen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt werde."*[17]

Die Reaktion auf BISMARCKs Entlassung war sehr unterschiedlich. Die berühmte Karikatur *"Der Lotse geht von Bord"*, die noch im März 1890 im britischen "Punch" erschien, spiegelte die Stimmung des Auslandes wider. Im Inland selbst schwankte die Reaktion zwischen heftiger Enttäuschung und deutlicher Zustimmung. *"Gott sei Dank, daß er fort ist"* jubelte der Parteiführer der linksliberalen Deutsch-Freisinnigen Partei, Eugen RICHTER, am 21. März in der "Freisinnigen Zeitung" und schrieb u. a.: *"Erst eine spätere Generation wird ein vollkommen gerechtes Urteil über den Fürsten Bismarck fällen. Wir sind der Meinung, die Nachwelt wird seine 28jährige Wirksamkeit in ihrer Gesamtheit weniger in den Himmel heben, als es die Mitwelt vielleicht getan hat. Vor den Augen der letzteren kam voll und ganz zur Geltung, was er für die Einheit des Vaterlandes getan; aber wie seine falsche innere Politik an dem Volksleben gesündigt, das wird in seinem ganzen Umfange erst späteren Generationen zum vollen Bewußtsein gelangen, die noch unter den Nachwirkungen dieser Politik zu leiden haben werden."*[18]

Reaktionen auf BISMARCKs Entlassung

Bild 13: a) *"Der Lotse verläßt das Schiff"* - Karikatur aus dem engl. "Punch" vom März 1890

b) Wilhelm II., Gemälde von Max Koner aus dem Jahre 1890

4.6 Wie ist die BISMARCKsche Außenpolitik zu beurteilen?

Aus seiner Sicht durfte BISMARCK zufrieden sein: Das Deutsche Reich war durch Zweibund, Dreibund und Rückversicherungsvertrag vor einem Zweifrontenkrieg geschützt; Frankreich allein konnte Deutschland militärisch nicht gefährlich werden. Seinen politischen Handlungsspielraum gegenüber dem Balkan, dem europäischen Pulverfass, hatte er wahren können; vertragliche Beziehungen zur ersten Großmacht Europas, Großbritannien, hatte er indes nicht knüpfen können und der deutsch-französische Gegensatz war am Ende seiner Reichskanzlerschaft kaum geringer als zu Beginn.

War der Frieden in Europa sicher? Vordergründig ist auch diese Frage mit "Ja" zu beantworten, zumindest dann, wenn es um die direkten Beziehungen der Großmächte geht. Der Balkan aber blieb Zankapfel zwischen Russland und Österreich, ebenso die Abgrenzung der Mittelmeerinteressen. Die Gegensätze der europäischen Großmächte entwickelten sich außerdem auf einem ganz anderen Gebiet, den Kolonien (Sie werden im nächsten Kapitel davon hören).

Hat BISMARCK einen gerechten Interessenausgleich der europäischen Staaten erreicht, war er der "ehrliche Makler"? An der Fortdauer des deutsch-französischen Konfliktes mögen Sie selbst erkennen, dass diese Frage kaum ein einfaches "Ja" erlaubt. Im Endeffekt hat er die Interessen des Deutschen Reiches, wie er sie verstand, zum Maßstab seines politischen Handelns gemacht.

IV. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

1. In Abschnitt 4.4.3 (Seite 41) finden Sie ein Zitat, mit dem BISMARCK die Ziele seiner Außenpolitik umreißt. Fassen Sie möglichst knapp die wesentlichen Aussagen zusammen.

2. Vergleichen Sie Ihr Ergebnis aus Aufgabe 1. nun mit der Reichstagsrede BISMARCKs 1878 (S. 43) und dem Resultat des Berliner Kongresses.

3. Ergänzen Sie die nachfolgende Tabelle:

Jahr	Bezeichnung des Abkommens	Beteiligte Staaten
1873	Drei-Kaiser-Abkommen	?_____
?___	Zweibund	?_____
1881	?_____	Russland, Östereich, Deutschland
1882	Dreibund	?_____
1887	Rückversicherungsvertrag	?_____

4. Auf S. 48 finden Sie zwei zeitgenössische Bilder gegenübergestellt. Versuchen Sie eine politische Deutung!

MERKDATEN, WICHTIGE EREIGNISSE UND SCHWERPUNKTBEGRIFFE

REICHSGRÜNDUNG; KULTURKAMPF; ARBEITERBEWEGUNG; ALLGEMEINER DEUTSCHER ARBEITERVEREIN; EISENACHER PROGRAMM; GOTHAER PROGRAMM; SOZIALISTENGESETZ; SOZIALVERSICHERUNGSGESETZE; BÜNDNISSYSTEM; BERLINER KONGRESS; "EHRLICHER MAKLER"; ZWEIBUND; DREI-KAISER-VERTRAG; DREIBUND; RÜCKVERSICHERUNGSVERTRAG

Der Konflikt zwischen Staat und Arbeiterbewegung: Sozialistengesetz und Sozialversicherungsgesetze

1863	Gründung des ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREINS durch Ferdinand LASSALLE in Leipzig
1869	Gründung der SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS durch A. BEBEL und W. LIEBKNECHT in Eisenach
1871	Reichsgründung
1875	Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien zur SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI in Gotha
1878	"Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (SOZIALISTENGESETZ)
1883	Erstes Sozialversicherungsgesetz: Arbeiterkranken-Versicherung
1884	Gesetzliche Unfallversicherung für Arbeiter
1889	Alters- und Invalidenversicherung
1890	Sozialistengesetz wird im Reichstag nicht verlängert

BISMARCKs Bündnispolitik zwischen Krisenmanagement und Sicherung des europäischen Friedens

1864	Deutsch-dänischer Krieg um Schleswig-Holstein
1866	Preußisch-österreichischer Krieg
1870/71	Deutsch-französischer Krieg
1871	Reichsgründung in Versailles
1873	Drei-Kaiser-Abkommen
1877/78	Russisch-türkischer Krieg (Frieden von San Stefano)
1878	Berliner Kongress
1879	Zweibund zwischen Deutschland und Österreich
1881	Drei-Kaiser-Vertrag (bis 1887)
1882	Dreibund
1887	Mittelmeerabkommen
1887	Rückversicherungsvertrag
1888	Drei-Kaiser-Jahr
1890	BISMARCKs Entlassung